
das info aus der roten flora
zeck
Ausgabe 147 November/Dezember 2008
Verladekran entern
Castor
stoppen

Vorwort

Liebe Fan-Gemeinde, liebe Text-Beitragende, liebe Meckeronkels und -tanten,

war doch eine ganz nette Zeck-Soli-Veranstaltung neulich in der Flora. Die Ausstellung der Titelseiten alter Zeck-Ausgaben war jedenfalls wirklich schick! Die inhaltliche Diskussion über Sinn und Überflüssigkeit solcher Printmedien, wie die Zeck sollte weitergeführt werden. Wir als das Zeck-Service-Team finden diese Zeitschrift als Diskussionsforum, Szeneinfo und Dokumentationsmedium natürlich sinnvoll und machen selbstredend weiter. Die großzügigen Spenden reichen wieder für die Druckkosten der nächsten 3-4 Ausgaben und soeben haben wir uns davon eine Packung Lebkuchenherzen gegönnt! :-)

Auf der Veranstaltung ließen wir bereits mitteilen, dass wir die zeck als Ausdruck der Bewegung sehen und sie vor allem von euch gefüllt wird. Und auch diesmal können wir uns über Zuschriften nicht beklagen. Uns erreichten u.a. zwei Anschlagserklärungen, die wir dokumentieren; die fleißigen Atomkraftgegner_innen haben ihren regelmäßigen Beitrag trotz größtem Vorbereitungsstress noch schnell eingeworfen. (Zu dieser 5. Jahreszeit wünschen wir allen Genoss_innen sehr viel Spaß und adrenalinanregenden Sport an der frischen Luft!)
Den Klimacampbeitrag haben wir gekürzt, weil er uns mit 5 Seiten doch etwas zu raumeinnehmend war.
Von unserer Seite haben wir dieser Ausgabe die Prozesserklärung von Axel, Florian und Oliver beigefügt. Finden wir sehr wichtig. Ebenso druckwert fanden wir den "Superheld_innen-Prozess" und eine Nachbereitung zum Protest gegen das Nazi-Treffen in Köln. "Die Antifa" hat uns auch diesmal wieder vergessen, trotzdem findet ihr einen Artikel zu den Protesten um den Naziladen in der Innenstadt.

In einer Zuschrift werden wir aufgefordert etwas dazu zu schreiben, dass die Werbefirma von Vattenfall im Schanzenviertel sitzt. Dass diese im Viertel sitzt, verwundert uns nicht wirklich und wir nehmen einen kurzen Bericht oder einen Aufruf diesbezüglich gern als Textbeitrag auf. Wir spielen den Ball zurück und freuen uns auf euren Beitrag!

Redaktionsschluß ist am 20.12.08

die zeck

Inhalt **Seite**

Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel auf Datenträgern (CD,Diskette,...) mit beiliegendem Ausdruck, am besten als Textdatei. CD's und Disketten können nicht zurückgegeben werden. Artikel im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 10 Euro à drei Ausgaben. Geld in einem Umschlag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Geld).

Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!).

Eigendruck im Selbstverlag.

barrikaden am 03.10.08 klarstellung

Vor der Flora finden öfters kleinere Aktionen statt, über deren Sinn oder Unsinn diskutiert werden sollte. Es gibt im Haus durchaus unterschiedliche Einschätzung ob oder welcher politischer Stellenwert diesen Aktionen beizumessen ist. Am Freitag, den 03.10. ab ca. 21.30 Uhr gab es auf der Kreuzung Schulterblatt/Juliusstraße den Versuch Barrikaden zu errichten. Dies wurde von einigen Leuten verhindert, indem die auf die Straße gezogenen Teile wieder entfernt wurden. Das Ganze zog sich über einen längere Zeitraum hin und war teilweise sehr konfrontativ. Einige derer, die die Sachen von der Straße zogen, behaupteten, dies geschehe zum Schutz der Flora und die Barrikadenbauenden sollten doch lieber in der Innenstadt aktiv werden. Im Zuge der Berichterstattung und der Auseinandersetzung über diese Geschehnisse wurde auch behauptet, dass der Barrikadenabbau von der Flora ausging. Was wir hier klarstellen wollen: Wir hatten nichts mit dem Abbau der Barrikaden zu tun. Wir schätzen die Aktion so ein, dass sie tatsächlich den Bullen mehr in die Finger gespielt hat, als irgendeinen anderen sinnvollen Effekt hatte. Trotzdem haben wir feststellen müssen, dass wir untereinander zu der ganzen Thematik Redebedarf haben und werden uns dieser in der nächsten Zeit widmen.

Plenum der Roten Flora
15.10.08

An alle linken/linksradikalen Zusammenhänge und Menschen in Schleswig-Holstein, Hamburg und darüberhinaus

Wir müssen euch leider mitteilen, dass unser - jetzt ehemaliger - langjähriger Genosse Hans ein mehrfacher Vergewaltiger ist. Er war seit vielen Jahren in der schleswig-holsteinischen radikalen Linken aktiv, hier insbesondere in antifaschistischen Zusammenhängen.
Ursprünglich aus Eckernförde kommend, lebte er seit rund zwei Jahren in Kiel und war, bis wir von seinen Taten erfuhren, in unserer Gruppe organisiert.
Es ist uns ein Anliegen dieses Wissen um seine Person öffentlich zu machen, da alle, die persönlich und /oder politisch mit ihm Umgang haben/hatten, wissen sollten, mit wem sie es zu tun haben.
Wir als bisherige politische Gruppe von Hans sehen für uns keine Grundlage mehr für ein politisches und sonstiges Miteinander mit ihm. Unsere Solidarität gehört den von seiner Gewalt Betroffenen und wir möchten in dem uns möglichen, leider sehr beschränkten Rahmen, alles dafür tun ihnen unsere Unterstützung zukommen zu lassen.
Wir haben Hans deutlich gemacht, dass er sich mit sofortiger Wirkung und auf unbestimmte Zeit aus unseren Räumen, Zentren, Gruppen, Treffen, Demos, Konzerten etc. - also unseren gesamten Strukturen - zurückzuziehen hat.
Dennoch gibt es eine Auseinandersetzung mit dem Täter, da wir es für wichtig erachten, dass er mit seinen Taten konfrontiert wird und sich einer Auseinandersetzung mit ihnen nicht entziehen kann. Wie diese sich zukünftig ausgestalten wird, wird sich auch in Abhängigkeit davon zeigen, ob und wie sich Hans der Auseinandersetzung stellt.
Wir wissen, dass nun viele Fragen auftauchen, aber wir bitte alle Spekulationen und unnötige eigene Nachforschungen zu unterlassen, denn bei allem was in Zukunft passiert, muss es ein Anliegen sein, die Betrofffenen zu schützen, ihre Anonymität zu wahren und ihre Bedürfnisse und Forderungen zu respektieren!
Es muss gewährleistet sein, dass sie sich sicher sein können, nicht permanent mit dem Erlebten konfrontiert zu werden!!!!
Wir befinden uns im Diskussionsprozess und sind immer noch recht ratlos ....

Gruppe Zunder (Kiel)
August-Oktober08
zunder@riseup.net

Superheldin-Prozess HH endet mit Freispruch

Einzige Angeklagte des "lustigsten Diebstahls in der Kriminalgeschichte Deutschlands" hat das Berufungsverfahren gewonnen
"Aufregend wurde es erst, als die Polizei kam", erklärte eine erneut als Zeugin geladene Mitarbeiterin des Frischeparadies Goedeke am Mittwoch auf die Frage des Richters Nickau am Hamburger Landgericht, wie sie den Diebstahl der maskierten Superheld_innen im April 2006 empfunden hätte. Zu diesem Zeitpunkt schleppte sich das Berufungsverfahren gegen die Angeklagte bereits eineinhalb Stunden trocken dahin. Seit 9 Uhr saßen die Prozessbeobachter_innen und Sympathisant_innen hinter einer dicken Glasscheibe und verfolgten das Prozessgeschehen. Zunächst hatte der Richter das Urteil verlesen, dass das Amtsgericht Altona im Juni 2007 gefällt hatte. Zu 750 Euro Geldstrafe war die Angeklagte damals verurteilt wurden. Der Tatbestand: Gemeinschaftlicher Diebstahl. Die Beweislage: quasi nicht vorhanden. Die Verurteilung erfolgte trotz eines misslungenen Bildabgleiches des BKA und trotz fehlender Fingerabdrücke der Angeklagten auf dem Bekenner_innenschreiben. Das Indizienverfahren wurde letztlich vollzogen, weil die Beschuldigte ebenso wie eine maskierte Superheldin einen schwarzen Pferdeschwanz trug und sich auf ihrem Laptop Texte fanden, die sich mit dem Thema Prekarisierung befassten.Die beschlagnahmten Beweise waren zudem trotz zweifacher Ablehnung des Durchsuchungsbeschlusses durch einen Richter gewonnen, da die Staatsanwaltschaft die Durchsuchung genehmigt hatte.
(...) Ungeachtet der nach wie vor nicht vorhandenen Beweislage war bis zum abschließenden Statement des Staatsanwaltes Niemeier unklar, ob der Richter das Gesinnungsurteil des Amtsgerichts aufrecht erhält. (...) Außerdem lehnte er einen weiteren Beweisantrag der Verteidigung ab, der die Angeklagte weiter entlasten könnte. Nachdem aber schließlich auch die Staatsanwaltschaft auf Grund mangelnder Beweise auf einen Freispruch plädierte, wurde das Urteil des Richters, der sich mit den beiden Schöff_innen zur Beratung zurück gezogen hatte, fast freudig erwartet.
Um 15.15 Uhr hieß es dann endlich: Freispruch.
Der Richter führte in seiner Urteilsbegründung übrigens noch aus, dass diese Entscheidung bereits im Juni 2006 hätte getroffen werden müssen, nachdem das BKA bei dem Lichtbildabgleich keine Beweise für die Täterschaft der Angeklagten gefunden hatte.
So aber verblieben dem Staatsschutz wieder einmal zwei Jahre, um die linke Szene auszuspionieren.

Mi 12..11., 20 Uhr

"... Das war ja kein Spaziergang im Sommer"

Vorstellung des gerade neu erschienen Buches der Arbeitsgemeinschaft Neuengamme.
Aus der Sicht ehemaliger Häftlinge des KZ Neuengamme wird die Geschichte des Überlebendenverbandes dargestellt. In historischen Rückblenden wird über Menschen erzählt, die ihre Erinnerung an die Stätte ihres Leidens dem Vergessen entreißen mussten, und über junge Menschen, die die Verpflichtung aus dem antifaschistischen Kampf in die Gegenwart und Zu-

kunft tragen.
Ort: Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, 20357 Hamburg
Das Buch ist zum Preis von 12,00 Euro direkt über die Arbeitsgemeinschaft Neuengamme zu beziehen.

Offener Hinterhalt - Wir können auch anders ...

In der Flora gibt's jetzt den "Offenen Hinterhalt" jeden ersten Sonntag im Monat von 16-21 Uhr.
Unsere E-mail Adresse lautet: hinterhalt@riseup.net
unser blog: www.hinterhalt.blogsport.de

02. 11. 08: Thema Castor
Kurzer Input zum aktuellen Stand der Anti-Castor- Mobilisierung. Danach gibt es verschiedene Möglichkeiten: entweder ihr nehmt teil an einem Workshop unter dem Titel: "Nach dem Atomstaat- Ab 8 gibts wieder Kerzenlicht?", hier wollen wir über Stromversorgung in der Utopie reden. Also, was gibt es denn für Alternativen statt immer nur DAGEGEN?
In einem weiteren Workshop gehts um die Nachbereitung des Klimacamps in Hamburg und einen Ausblick auf die Proteste gegen den Klimagipfel in Kopenhagen 2009. In diesem Rahmen könnte mensch sich über Relevanz, Ziele oder Existenz einer klimapolitischen Bewegung auseinandersetzen - eine genauere Ankündigung zu den Workshops folgt demnächst.
Als dritte Möglichkeit haben wir noch etwas Praktisches geplant, z.B. Transparente malen für die bundesweite Demo am 08. 11. 08 in Gorleben, Sprühschablonen für eine energiegeladene Revolution ... oder oder oder ...

07. 12. 08: Thema Freiräume als politische Orte
Hier wollen wir über die "Theorie" reden, die hinter Projekten wie der Roten Flora oder des offenen Hinterhalts steht. Es geht um informelles Lernen, um emanzipatorische Praktiken und und und...

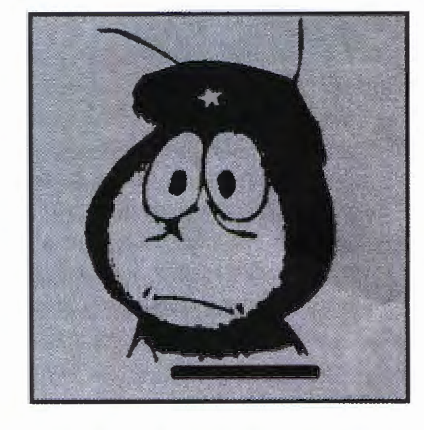
04. 01. 09: Thema Antimilitarismus
Hier soll es explizit um die Mobilisierung zum NATO- Gipfel 2009 in Straßbourg/ Kehl gehen, aber auch um Antimilitarismus im Allgemeinen. Sehr spannend fänden wir Diskussionen über Auswirkungen von Bundeswehreinsätzen im Innern oder auch eine Bewertung des neuen BKA-Gesetzes. Falls ihr euch vorstellen könntet was vorzubereiten meldet euch bei uns! Hier ein Link zu den Mobilisierungen: http://natogipfel2009.blogsport.de

01. 02. 09 Thema: Kreativer Widerstand-keine Lust mehr auf Latschdemos mitzugehen?
Critical mass, Reclaim the streets, mit' m soundsystem rumfahrn, street art, sozialer Ungehorsam, naked Block, pink and silver, jubeldemos, clowns, verstecktes Theater, Interaktion im urbanen Raum, Le Parkour oder was euch sonst noch so einfällt. Flexibilität und Kreativität ist unsere stärkste Waffe gegen einen autoritären Staat - außerdem machts auch noch Spaß.

Offener Hinterhalt soll kein nächstes Kaffe werden, sondern ein Tag an dem alles möglich ist. Nicht der Tresen sondern das "Angebot" steht im Vordergrund. Es erscheint uns als essenziell wichtig neues Leben und Veränderung in einen Freiraum zu bringen, der viel zu oft nur noch als Partytempel genutzt wird. Es soll ein Umgang und ein Bewusstsein dafür geschaffen und gelebt werden, dass alles was an Kultur in der Flora passiert letztlich an uns Nutzer_Innen liegt.
Offener Hinterhalt soll ein belebter Freiraum in der Flora sein, der uns die Möglichkeit zur freien Entwicklung von Utopien bietet.
Das kann z.B. eine Mischung aus Diskussionsrunde, Aktionsvorbereitung, Reflektion z.B. von Demos, Druckwerkstatt, Aufstrich- und andere Tauschbörsen, Workshops, Kino, Infoveranstaltungen und Kunst in jeder Form sein, also die Gestaltung eines antikapitalistischen und kreativen Alltags.
Hierbei geht es nicht darum, dass eine Person oder eine Gruppe anderen etwas vermitteln muss, sondern dass wir alle gemeinsam Spaß am Finden von politischen Ideen und Praktiken und verschiedenen Aktionen haben.
Es soll ein Raum geschaffen werden, um sich auf allen Ebenen auszuprobieren, deshalb ist auch die Organisationsform offen. Wir haben keine Veranstalter_innen, die für alles verantwortlich sind. Was passieren wird liegt in gleichem Maße an uns allen.
Die Themen zu den einzelnen Tagen werden nicht als totalitär aufgefasst, sie sind lediglich ein Programmvorschlag. Jede Idee wird auch noch am Tag der Auseinandersetzung gebraucht und ist erwünscht.
Frag Dich was du am besten beisteuern willst (ohne bereits Grenzen in deinem Kopf zu ziehen, egal ob du Jonglieren, ein Soundsystem fürs Fahrrad bauen oder eine Vorleseecke gestalten willst)
Ziel des Offenen Hinterhalts ist es den konsumistischen Normalzustand in der Flora zu durchbrechen, das heißt nicht, nur dem Konsum des Schanzenviertels zu entgehen und seinen eigenes "alternatives Konsumverhalten" zu pflegen, sondern selber aktiv zu werden. Das bedeutet sich kreativ und praktisch einzubringen.
Wir wollen ein gleichberechtigtes Nutzen der Flora forcieren. Deshalb wird es auch immer ein gemeinsames Auf- und Abbauen bzw. Aufräumen geben.
Wir wünschen uns eine Neu- oder Wiederidentifizierung und ein Verantwortlichkeitsgefühl mit der Roten Flora erlebbar zu machen. Sie soll ein Ort des Austausches und des widerständigen Lebens sein, das sich nicht nur auf Demos beschränken kann.
Lasst uns uns gegenseitig kennen lernen und zusammen neues ausprobieren!
Lasst uns dem Urbanen Wahnsinn aus dem offenen Hinterhalt mit Kreativität, Spaß und Ungehorsam begegnen!

Drohnen für Castor über Niedersachsen:

Luftgestützte Überwachungstechnologien kommen bei der Polizei immer mehr zum Einsatz. So werden kleinere, unbemannt fliegende Drohnen mit Kamerasystemen zur Echtzeitübertragung zum Beispiel für die Überwachung des Schienennetzes das vom Atomtransport Castor genutzt wird, eingesetzt.
So ist die sehr kompakte Drohne vom Typ "Carolo" bereits mehrfach sehr erfolgreich für polizeilichen Aufgaben in Niedersachsen eingesetzt worden.
Durch die kleinen Abmaße und den Elektromotor ist diese in der Luft kaum wahrzunehmen und auch akustisch nicht hörbar.



(vgl.: ww.daten.behoerdenspiegel.eu/nl/polizei_nl91.pdf)

... Drohnen können auch gegen den

Hart Backbord
Nachbereitung von einigen aus den Vorbereitungsstrukturen

Spät, aber besser als nie, melden sich Einige zu Wort, wobei die Gruppendiskussionen noch am Laufen sind.

Der 3.10. liegt hinter uns und damit viel Anstrengung, Streß und Erwartungen. Szeneintern laufen die Meinungen auseinander, von größtmöglicher Katastrophe bis den Umständen entsprechend gut ist so ziemlich alles dabei. Bei uns sieht es ähnlich aus - von Enttäuschung bis Erleichterung, vom guten Gefühl bis Bauchschmerzen: alles dabei.



Für uns bleibt aber der Eindruck, daß seit Jahren aus Hamburger und evtl. bundesweiter Perspektive am 3.10 wieder Protest wahrnehmbar wurde. Deshalb, freuen wir uns, dass der 3.10. in diesem Jahr als Tag für einen antinationalen Ausdruck auch in Frankfurt, Berlin und anderen Städten genutzt wurde und grüßen nachträglich die beteiligten Genoss_innen und Gruppen.

Aber zurück nach Hamburg.
Wir hatten uns viel vorgenommen für den Tag, viel geplant und viel erhofft. Neben einer Demonstration sollte ein Konzept von Gruppen erarbeitet werden, das versucht, die "Nachdemo"-Aktivitäten zu bündeln, wahrnehmbar und für viele anschlußfähig zu machen. Der erste Teil, also die Demonstration, verlief aus unserer Sicht einigermaßen zufriedenstellend, wenn auch leider etwas uninspiriert, aber jede Demonstration ist eben auch das, was wir alle daraus machen. Auch wenn die Meinungen in den Gruppen unterschiedlich sind, finden wir es nicht tolerierbar, daß Israelfahnen und ihre Träger_innen angegriffen werden. Um damit zum positiveren Teil zu kommen, positiv überrascht haben uns die vielen Ketten und das geschlossene Auftreten auf der Demo. Die Demo erschien einigermaßen entschlossen und hätte wohl auch weiteres Gerangel mit den Bullen ganz gut überstanden. Offensichtlich hat sich die Bullentaktik kurz nach dem Start unserer Demo noch geändert. War die Stimmung seitens der Bullen anfangs noch recht gereizt, hielten sie sich im Anschluß doch sehr zurück, was für uns eine sehr überraschend streßfreie Demo bedeutete. Mit 1600 Teilnehmer_innen bewegte sich die Größe unserer Demo ungefähr in dem erwarteten Bereich. Mit dem uns entgegengesetzten Polizeiaufgebot von ca. 4000 Bullen konnte die Hamburger Bullenführung ihrem Ruf mehr als gerecht werden und sorgte für eine weitreichende Abriegelung der Hafencity. Auch dadurch hat die Demonstration weit mehr mediale Aufmerksamkeit bekommen, als bei 1600 Menschen auf der Straße aus unseren Augen zu erwarten gewesen wäre und das trotz ausbleibender Krawalle.

Was für eine famose Überleitung zum zweiten Teil, dem komplett gegen die Wand gefahrenen Plan B. Tja, wo anfangen?
Alles scheiße und Schwamm drüber?
Kein Bock mehr und nächstes mal wieder alle vor der Flora treffen?
Nein, das kann es doch auch nicht sein!
Wir wollten nicht die üblichen Schanzenkrawalle, sondern unseren Protest zum Ort des Geschehens, der Hafencity, tragen. Deshalb hatten wir die Plan B Treffpunkte auch räumlich in die Nähe derselben gelegt. Insgesamt haben sich dann an allen Treffpunkten zu wenig Menschen eingefunden und es kam zu keiner Zeit Dynamik in die Sache. Da hätten gerade die organisierten Strukturen (uns explizit mit eingeschlossen) mehr Entschlossenheit und Flexibilität zeigen müssen. Auch hier gilt leider, Plan B ist das, was wir alle daraus machen.
Unterschätzt haben wir sicherlich den massiven Raumschutz der Bullen und sind dabei mit der Gratwanderung für die Auswahl der Treffpunkte, wahrnehmbar beim Bürgerfest, aber trotzdem bewegungsfähig zu bleiben, gescheitert. Was auch durchaus unserem eigenem Erfolg (zynisch) zuzuschreiben ist, denn die Drohung, das Fest zumindest zu stören, hat bei den Verantwortlichen offensichtlich soviel Sorgen ausgelöst. Weshalb die Polizeieinheiten optisch klar machten, dass so alle dann doch nicht Deutschlands Volljährigkeit feiern wollen und kritische Stimmen nicht in den Einigkeitstaumel integrierbar sind. Von, bei uns durchaus angekündigten, Aktionen direkt auf dem Festgelände haben wir bis jetzt nichts gehört, lassen uns aber gerne berichtigen.

Verteidigen möchten wir das Verteilen der Aufrufe für den Plan B auf der Demo! Wir wollten möglichst vielen Menschen die Möglichkeit geben, an Aktionen auf relativ niedrigem Level teilhaben zu können. Sicherlich könnten wir Informationen auch nur an die vermeintlich "wichtigen" Gruppen und Menschen weitergeben. Doch das würde dann nicht unserem Anspruch an ein "offenes und anschlussfähiges Konzept", gerecht werden. Wir finden es Schade, daß wir die inhaltliche Auseinandersetzung nicht forcieren konnten. Nichts desto trotz sollten wir die gemachten Erfahrungen nutzen, um es beim nächsten mal besser zu machen.
für diskussion und aktion
für die anarchie und den kommunismus
gegen die nation

einige aus den gruppen der demovorbereitung,
einige aus den gruppen der plan b vorbereitung



Flagge zeigen!?
Zu den Vorfällen auf der Demonstration am 3. Oktober



Auf der Demonstration "Hart Backbord! - Für etwas Besseres als die Nation!", organisiert vom Bündnis "Hart Backbord!, Hamburger autonome und antifaschistische Gruppen", kam es am 3. Oktober zu einem Angriff auf israelsolidarische Antifaschist_innen.
Nicht einmal 5 Minuten, nachdem sich die kleine Gruppe, welche Israel-Fahnen mitführte, hinter dem Lautsprecherwagen in die Demo begeben hatte, näherten sich ihr zwei Personen aus dem Umfeld des "antiimperialistischen Stadtteilzentrum" B5. Nachdem ihrem Verlangen nach Einpacken der Fahnen nicht nachgekommen worden war, griffen sie einen der Fahnentragenden an und versuchten unter Anwendung körperlich Gewalt die Flagge an sich zu bringen.
Bis auf eine Handvoll von Genoss_innen, welche sich zu der Gruppe stellten, war die Stimmung der Umstehenden klar gegen die Träger der Fahnen und ihre Begleitung gerichtet. Man hielt zwar die Schläger zurück, forderte jedoch immer wieder die israelsolidarischen Antifas zum Verlassen der Demo oder dem Ablegen der beiden Fahnen auf.

Es folgte die Ansage über den Lautsprecherwagen, dass es "Probleme mit Nationalfahnen gebe" und die Aufforderung "Klärt das mal!" - ob durch Entfernen der Fahnen oder der Angreifer wurde offengelassen ...
In einem persönlichen Gespräch mit dem Anmelder solidarisierte dieser sich zwar mit den Angegriffenen. Die Vorfälle wurden jedoch weder über den Lautsprecherwagen weiter thematisiert, noch wurden - was eigentlich selbstverständlich sein sollte - die Angreifer bzw. ihre Unterstützer_innen, aufgefordert, die Demo zu verlassen oder zumindest ihre weiteren Provokationen und Rufe "Viva Palästina" und "Intifada" zu unterlassen.
Vielmehr beschimpften diese auch im weiteren Verlauf der Demonstration weiterhin die Träger der Fahnen des israelischen Staates als Rassisten, Zionisten und "Scheiß-Antideutsche".

Ein Kommentar der Vorfälle erübrigt sich eigentlich - wer am 3. Oktober, auf einer gegen die deutsche Einheit/Deutschland gerichteten Demonstration Antizionist_innen und sogar ihr körperlich aggressives Verhalten toleriert, hat nichts verstanden von deutscher Geschichte, deutschen Verbrechen und deutscher Ideologie.
Immer wieder erstaunlich ist, dass dieses blau-weiße Stück Stoff solche emotional-aggressiven Reaktionen auslöst. Zwar verurteilen die meisten Anwesenden körperliche Angriffe, aber ebenso das Mitbringen solcher Insignien. Wer jedoch nur die Analyse vom deutschen Staat als einer Nation unter allen anderen als Nation/Nationalstaat zu verurteilenden Gebilden hat, muss logischerweise das Tragen jeglicher Nationalfahnen verurteilen. Solches Agieren zeigt deutlich die Ablehnung gegen den weltweit einzigen Schutzraum vor der weiterhin drohenden Vernichtung für Jüdinnen und Juden. Israels Existenz ist Konsequenz aus der von den Deutschen schon einmal weitgehend umgesetzten Auslöschung. Solidarität mit Israel - mit der effektiven Aufrechterhaltung der notfalls auch militärischen Sicherung des Staates - ist deshalb eine Bedingung jeglicher Emanzipation von den herrschenden Verhältnissen. Israel ist zwar nicht der Kommunismus. Wie auch immer der Weg zur communistischen Weltgesellschaft aussehen wird, klar ist: Israel sollte der letzte Staat sein, dessen Staatsgrenzen fallen - eben da die Bedrohung durch den antisemitischen Wahn auch dort noch immer wütet, wo für "etwas Besseres als die Nation" demonstriert wird.

Dass auf einer solchen Veranstaltung die Fahne einer staatstragenden Partei ("Die Linke") mit einschlägig bekannten deutsch-nationalistischen und antisemitischen Tendenzen toleriert wird, ist dann eigentlich gar nicht mehr unverständlich. Unerklärlich bleibt vielmehr, warum ein Teil der Demonstrierenden ihre Pali-Tücher und antizionistischen Slogans nicht auf dem Einheitsfest zur Schau trug - dort wären sie mit ihrer "Palästina-Solidarität", den hässlichen Halswickeln und ihrem National-Getue sicherlich willkommen gewesen. Und Israel-Fahnen gab's da auch nicht.

rapidas
against!
Sous la plage
McGuffin Foundation
Emancipate!
Gruppe B17
gruppe bricolage

Kollateralschaden der Gentrifizierung

Im Anschluss an die Demonstration gegen die Einheitsfeierlichkeiten, kam es zu einer Situation, in der eine Gruppe vor der Roten Flora, Barrikaden abbaute und somit einen Polizeieinsatz verhindern wollte. Schon seit längerer Zeit gibt es immer wieder kontroverse Diskussionen um militante Auseinandersetzungen im Schanzenviertel. Diese sind spätestens durch die Vorkommnisse nach der Demonstration am 3.10. auf einem Niveau eskaliert, dass zum Widerspruch auffordert.

Die Argumentation der Gegner_innen von Schanzenkrawallen sind dabei meistens die gleichen. Das eigene Viertel solle nicht zerstört werden, die Krawalle seien ritualhaft und würden "nix bringen". Dem zugrunde liegt einerseits eine Sicht auf den Stadtteil, die einen theoretischen Rückschritt in die 80er Jahre bedeutet, andererseits ein vordergründig taktisch formuliertes Verhältnis zu Militanz, das im konkreten, dann aber häufig doch deren Deligitimation zugunsten breiterer Interventionsformen und Bündnispolitik beinhaltet.

Ende der Neunziger Jahre vollzog sich ein grundlegender Bruch in den Bezügen, die bisher autonome Stadtteilpolitik definierten. Ausgangspunkt war vereinfacht -der oder die Viertelbewohner_in- als quasi revolutionäres Konstrukt, welches es lediglich aufzuklären gälte, um eine Gegenmacht von unten zu entwickeln. Der Kampf gegen das Phantom der Oper stand ganz in dieser Traditionslinie und die Bewegung verstand sich dementsprechend als Sprachrohr der Interessen der Anwohner_innen. Das dies vor dem Hintergrund der damaligen Situation durchaus erfolgversprechend war, belegt nicht nur die Aussage eines Hamburger Innensenators, es gehe darum ob "gewählte Parlamente oder selbsternannte Kräfte in Hamburg" das sagen haben. Im Rahmen der militant begleiteten Kampagne entstand die Rote Flora. Sie verstand sich als autonomes Stadtteilzentrum und versuchte dementsprechend politische Prozesse im Viertel anzuschieben. Dies gelang nach dem Erfolg der Verhinderung des Phantoms jedoch leider immer seltener. Trotz allem befand sich der Senat und Polizei im Schanzenviertel politisch immer noch in der Defensive.

Sowohl die Stadterneuerungsgesellschaft als auch die Lerchenwache hatten sich bis zu diesem Zeitpunkt schwer getan, sich als Vertreterinnen der Interessen der Bürger_innen zu etablieren. Mit einer verstärkten Wahrnehmung der offenen Drogenszene im Jahr 1997 änderte sich dies schlagartig. Im Text "*Gleichgewicht des Schreckens*" formulierte ein Beobachter jener Jahre einen Satz der ironischerweise auch auf die jetzigen Ereignisse vom 3.10. bezogen sein könnte: "*Was ist in der politischen Arbeit der letzten zehn Jahren schiefgegangen, dass es nun so aussieht, als ob sich Stadtteilbewohner_nnen, Teile der linken Szene des Viertels und die rechte bürgerliche Presse in einer Allianz mit der Polizei wiederfinden?*".

In der Folge veränderten sich die Koordinaten für eine autonome Stadtteilpolitik. Ein Blick, in dem Herrschaft nicht mehr als vertikales Ereignis von oben nach unten betrachtet wurde, sondern zeitgemäßere, vielschichtigere und auch horizontalere Formen bekam. Gerade die eigenen, früher umworbenen Zielgruppen zeigten sich tragischerweise am anfälligsten für die neue Logik der inneren Sicherheit. Hinzu kam, dass die Umstrukturierung im Stadtteil inzwischen in einer Art und Weise fortgeschritten war, das neue Besucher_innen, Bewohner_innen und Gewerbetreibende das Geschehen zunehmend dominierten. Die Schanze wurde im Zusammenhang des Internetbooms zu einem der aufstrebendsten Stadtteile in Europa. Linksradikale und autonome Politik von einer "Interessenvertretung" zum Störfaktor. Die Flora wird dabei im Rahmen einer folkloristischen Mythenbildung durchaus noch anerkannt und Krawall gehört in diesem urbanen Selbsterfahrungsszenario zum Ambiente wie der Galao und die Piazza.

In der Vertragsdiskussion spielte diese Entwicklung eine große Rolle. Anstatt die Rote Flora als Zentrum vertraglich abzusichern, wurde ihre Existenz durch die Ablehnung von Verträgen bewusst aufs Spiel gesetzt. Sie sollte sich nicht als Vollendung der Umstrukturierung befrieden lassen, sondern ein widerständiger, störender Stachel im Fleisch eines zunehmend kontrollierteren Alltages werden. Die Stadt schreckte vor einer Räumung zurück und verkaufte das Gebäude an einen Privatinvestor, um das Problem vom Hals zu haben. Seither ist Ruhe eingekehrt. Die in der Dorgenauseinandersetzung begonnene Neudefinierung autonomer Stadtteilpolitik verlief weitgehend im Sande. Zwischen vordergründiger Ablehnung der hinzugezogenen Yuppies und festgezurrter Kritik an traditionellen Anwohner_innenstrukturen wurde sich in der Schanze politisch eingerichtet.

Die Haustür wurde zu einem immer privateren Raum, der inhaltlich mit immer größerer Distanz betrachtet wurde. Politik, das große Ganze, fand woanders statt, weit weg von vermeintlich banalen Fragen des Stadtteils und der Realität vor der Haustür. Stadtteilkampf galt als unmodern. Politische Kritik und Interventionsformen wurden kaum noch weiterentwickelt. Es wurde gemütlicher vor der Flora. Auch beim Krawall. Waren Riots bis Ende der Neunziger noch eingebunden in einen Kampf um so etwas wie eine symbolische Hegemonie im Stadtteil und konkrete politische Kampagnen, verloren diese ab 2000 vordergründig zunehmend ihren konkreten Bezug.

Immer öfter knallte es dennoch nach Partys, Demos oder dem Schanzenfest auf der Piazza. Der Krawall vor der Flora entwikkelte sich scheinbar zu einem Selbstgänger und Ritual ohne wirklichen Inhalt und die Diskussionen um dieses Ereignis nahmen an Intensität zu. So beklagten Partyleute, dass der ordnungsgemäße Ablauf ihrer Veranstaltung gesprengt würde, andere wähnten die Flora in Gefahr und wieder andere sorgten sich um die Stimmung im Stadtteil. Bewegungstaktiker sahen die Riots als hedonistische Blase der politischen Selbstinszenierung und Konkurrenz zu ausgefeilten Plan B Konzepten.

Dabei ist seit der Drogenauseinandersetzung eigentlich klar, dass von der Flora aus keine ordnungspolitischen Aufgaben vor der Haustür wahrgenommen werden. Diese würde zudem nicht nur die Geschichte des Projektes ad absurdum führen. Durch eine "Krawall-Bannmeile" würde sie zu einem Befriedungsfaktor und wäre als Projekt wie in der Vertragsfrage als Ganzes in Frage gestellt. Abgesehen davon, dass am 3.10. die Flora ohnehin geschlossen war: Wer in der Flora Party macht, muss immer damit rechnen, das "angeklopft" wird und niemand "aufmacht". Ein politisches Verständnis, welches meint, im Interesse eines Viertels handeln zu müssen, ist eine weitere bedenkliche Figur in dieser Argumentation. Es bezieht Standpunkt für eine identitäre Heimeligkeit, die jede politische Diskussion der letzten Jahre außer acht lässt. Wer wirklich etwas für die Situation im Stadtteil tun möchte, ist stattdessen gefordert, neue Bezüge und politische Interventionsformen zu entwickeln.
Es wäre gefährlich und falsch Militanz kritiklos zu überhöhen. Sie befördert Makkermilitanz und kann gerade in Deutsch-

land im unguten Sinne zur Pogromstimmung werden. Sie ist gleichzeitig unverzichtbar, um die herrschenden Verhältnisse anzugreifen und emanzipatorische Veränderungen in Gang zu bringen. Es ist notwendig, über Ziele, Fehler und Erfolge zu diskutieren. Es ist allerdings falsch davon auszugehen, es gäbe nur eine "politisch korrekte" Form des Krawalls und eine "sinnlose". Militanz ist ein grobes Schwert und geht häufig genug daneben. Revolte lebt von Bruchstücken die einem oft genug auch selbst um die Ohren fliegen.

Gerade das lustbetonte der Schanzenviertelkrawalle wird oft kritisiert, denn Militanz dient immerhin der "Guten Sache". Das solche Dichotomien, wie Gut und Böse, sich zunehmend auflösen, kommt in diesem Blick nicht mehr vor. Wir leben in einer immer stärker regulierten und kontrollierten Gesellschaft. Macht, Gewalt und Herrschaft gehen von widersprüchlichen Ausgangspunkten aus. Funktionieren hat oberste Priorität in dem Geflecht aus Hartz IV, Mitwirkungspflicht und "Du bist Deutschland". Individuelle Verweigerung und kollektive Sperrigkeit, werden in dieser Konstellation zu einem immer bedeutenderen politischen Ausdruck. Dies übersehen diejenigen, die die Sinnhaftigkeit von Krawall, einem konkreten politischen Ziel unterordnen und diesen in "richtige" Bahnen lenken wollen . Der Schritt loszugehen und etwas auf die Straße zu werfen, kann auch für sich genommen, zu einem sehr politischen Stück auf der Bühne des öffentlichen Raumes werden. Es hinterlässt Fragen und fordert das staatliche Gewaltmonopol heraus. Und in Zeiten in denen uns so oft die Antworten fehlen, wird das Fragen immer wichtiger. Der Krawall in der Schanze ist in gewisser Weise eine Folge und das Ergebnis der Entwicklung der letzten Jahre. Ein Kolalateralschaden der Gentrifizierung.

Das letzte Wort hat das "*Gleichgewicht des Schreckens*", damals wurde die Frage nach dem "wie weiter?" unter anderem so beantwortet:

"Die Erfahrungen der letzen zehn Jahre hatten immer wieder die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit militanter Intervention deutlich vor Augen geführt. Diese Form der Militanz kann und soll nicht mit dem staatlich-polizeilichen Gewaltpotential konkurrieren. Trotzdem muss sich linke Politik mit der Möglichkeit, dass staatliche Gewaltmonopol aktiv infrage zu stellen, befassen.

Eingebettet in verschiedene Aktionen und eine öffentliche Diskussion über den Sinn, z.B. sozialpolitische Probleme durch Polizeieinsätze lösen zu wollen, können militante Aktionen im positiv polarisieren und fokussieren: Indem sie eine vermeintliche Normalität repressiver Polizeistrategie angreifen, zwingen sie die politisch Verantwortlichen Stellung zu beziehen und manches Mal sogar zum Handeln."

the future is unwritten...

Grobi

Aus der Erklärung der Roten Flora zu ihrer Unverträglichkeit:

Die Umstrukturierung des Schanzenviertels

Damit der Boom des Schanzenviertels weitergehen kann, ver-sucht sowohl die von der Stadt dazu eingesetzte STEG als auch die Gewerbetreibenden-Lobby "Standpunkt.Schanze" das Viertel auf Vordermann zu bringen: Breitere Gehwege und eine Piazza sollen ins Schulterblatt, der Müll soll von der Straße. Aber nicht nur der Müll soll aus dem Schulterblatt verschwinden, sondern auch die Drogenhilfeeinrichtung "fixstern". Hier zeigt sich die Kehrseite der Aufwertung: Wer nicht mehr ins Bild eines attraktiven Vergnügungs- und Konsumviertels Schanze passt, muss weg: Vor allem KonsumentInnen illegalisierter Drogen, Obdachlose und Menschen mit schwarzer Hautfarbe, die aufgrund der rassistischen Gleichsetzung schwarz=Dealer pauschal kriminalisiert werden. Langfristig werden aber auch alle, die sich die überproportional steigenden Mieten nicht mehr leisten können, verdrängt.
Zur Flora ergibt sich eine gespaltene Haltung: Während der kulturelle Teil der Flora (Partys, Konzerte usw.) zur kulturellen Vielfalt des Ausgeh-Angebots beiträgt und insofern als weicher Standortfaktor die Aufwertung des Stadtteils mit begünstigt, stört im Aufwertungsprozess neben der schmuddeligen Fassade vor allem, dass die Flora die Drogenszene um das Haus herum ausdrücklich duldet.

Autonomie und politische Intervention

Vor diesem Hintergrund haben wir uns entschieden, keine Verhandlungen mit staatlichen Gremien oder RepräsentantInnen einzugehen. Die Rote Flora wird in diesem Jahrhundert nicht Teil einer Lösung sein, wie sie dem Bezirk und der Stadt vorschwebt.
Die Flora ist, trotz aller Schwächen, Unzulänglichkeiten und Unannehmlichkeiten, ein seit 11 Jahren erfolgreiches Projekt, in dem versucht wird, ohne Hierarchien und bezahlte Stellen einer herrschaftsfreien Gesellschaft näher zu kommen. Verträge würden uns Gestaltungsspielräume in diesem Versuch nehmen.
Für die Stadt ist der "illegale" Zustand der Roten Flora offenbar ein Problem. Für uns jedoch nicht. Der vertragslose Zustand ermöglicht uns politische Interventionen, die schwerer kontrollierbar sind und Chancen und Alternativen zur herrschenden Ordnung darstellen. Als besetzter Raum ist die Flora ist eine praktische Infragestellung der Eigentumsverhältnisse und ein Experimentierfeld für vieles von dem, was sonst aufgrund von sog. "Sachzwängen" "leider einfach nicht machbar" oder "utopisch" ist. Sie ist Ausdruck unserer nicht nachlassenden Sehnsüchte nach Veränderung in einer Welt die tagtäglich staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus, Sexismus, sich verschärfende Ausgrenzung von Marginalisierten, steigende Armut und Obdachlosigkeit u.v.a.m. hervorbringt.
Der Weg der Flora wird von uns bestimmt, nicht von der Stadt. Es gibt für uns keinerlei Veranlassung, Verträge über die Nutzung der Roten Flora abzuschließen, denn wir verbinden damit nicht nur ein Gebäude, sondern eine politische Idee. Und die ist nicht verhandelbar.
Unser Ziel ist es jetzt, die Autonomie des Projekts Rote Flora zu wahren und den Gedanken der Emanzipation, der sich daran knüpft, zu vermitteln. Emanzipation bedeutet für uns immer noch den Versuch, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern, solidarisch und subversiv zu sein.

Die Offerte der Stadt ist ein Versuch, den öffentlichen Raum auch hier nach herrschenden Interessen zu strukturieren. Durch ihren Status stellt die Flora einen symbolischen aber auch ganz konkreten Bruch der öffentlichen Ordnung dar und kratzt an der Definitionsmacht darüber, für wen sogenannter öffentlicher Raum in welcher Weise nutzbar ist. Die Flora ist sowohl ein Störfaktor bei der reibungslosen Inszenierung der "inneren Sicherheit", als auch bei der Umstrukturierung des Schanzenviertels zu einem schicken Ausgeh- und Konsumviertel. Beides - sowohl die Inszenierung von "innerer Sicherheit" als auch der Aufwertungsprozess - bedeuten Ausgrenzung und Vertreibung von allen, die nach herrschenden Maßstäben nicht mehr ins Bild passen. Für die Flora als politisches Projekt ist es deshalb unumgänglich, gegen diese Entwicklungen inhaltlich und praktisch Stellung zu beziehen.
Deshalb setzen wir mit der Ablehnung von Verträgen und Verhandlungen ein deutliches politisches Signal und lassen uns nicht zum Bestandteil des Zusammenspiels von Integration/Partizipation auf der einen und Verdrängung/Repression auf der anderen Seite machen. Es geht uns auch weiterhin um die politische Intervention gegen eine Politik, die "sozialen Frieden" gewaltsam erzwingen will. Die anstehenden Konflikte um die Zukunft der Roten Flora werden deshalb für uns der Ort sein, an dem die jahrelange Auseinandersetzung um Repression, Vertreibung und Umstrukturierung im Stadtteil aktuell zugespitzt werden kann. *(veröffentlicht 2001)*

Die Büchse der Pandora
Schanzenviertelfest, runde Tische und Krawallambiente



In Folge des diesjährigen Schanzenfestes, hat der Hamburger Innensenator Alhaus angekündigt, das Strassenfest im Schanzenviertel zukünftig verhindern zu wollen. Um dieser Gewaltandrohung einen Hauch von Legitimität zu verleihen wurde zusätzlich angekündigt, einen sogenanannten "runden Tisch" aus Parteien, Polizei und Behörden einzurichten, der noch um vermeintliche Initiativen aus dem Viertel erweitert werden soll. Die Zielsetzung dieses runden Tisches ist es anstatt des traditionellen Schanzenfestes -welches im nächsten Jahr zum 21. mal stattfinden wird- ein behördlich genehmigungsfähiges Einerlei in die Welt zu setzen.

Wir wenden uns gegen den Versuch, ein unverwechselbares, weil mit Eigenleben gefülltes Fest durch massenkonforme Dosenware mit Unbedenklichkeitszertifikat der Innenbehörde zu ersetzen. Es gibt genügend Hafengeburtstage und Alstervergnügen in dieser Stadt. Es gibt zu viele unnötige Auflagen und hirnverbrannte Vorschriften, die in hohen Standgebühren münden, zu viele todlangweilige Straßenfeste die von professionellen Ständen und Markenlogos überschwemmt werden.

Wir werten die Initiative zu einem "runden Tisch" als Angriff auf alles, was das Schanzenfest in den letzten 20 Jahren ausgemacht hat!

Das Straßenfest verlief in diesem Jahr, wie in allen Jahren zuvor, den Tag über entspannt. Gemessen an dem, was bei vergleichbaren Veranstaltungen mit mehr als 20 000 Besucher_innen passiert, ist das Schanzenfest eine der friedlichsten Veranstaltungen überhaupt. Jedes Dorffest hat mehr Schlägereien, jede mittlere Disco eine höhere Zahl an Alkoholleichen und jedes Sportereignis mehr Konfliktpotential. Der vordergründige Anlass der Ankündigung, das Fest im nächsten Jahr anzugreifen, waren verschiedene, in erster Linie von Jugendlichen getragene Auseinandersetzungen in der Nacht. Eine Situation, die im Schanzenviertel nicht wirklich selten ist. Die oft politische Ursachen, aber manchmal auch eher soziale hat. Gemessen an dem, was jedes Wochenende auf der Reeperbahn stattfindet, ist die Schanze allerdings so oder so ein Hort des Friedens und der Glückseeligkeit. Allerdings liegen die Verhältnisse dort auch nur noch einen Steinwurf von der Schanze entfernt und diese Entwicklung mag auch ein Mitgrund für viele Auseinandersetzungen in den letzten Jahren sein. Das Schanzenviertel ist zum Ersatz- Kiez aufgestiegen, die Mieten steigen unaufhaltsam und immer mehr Modelabels und große Ketten suchen Platz am aufstrebenden Standort.

Menschen, die schon länger hier wohnen, können sich die Mieten nicht mehr leisten und werden verdrängt, ältere Kneipen und Läden machen dicht.

Sie werden gekündigt, um Platz zu schaffen für eine teurere Konsumkultur, die die neuen durchgeschleusten Massen an Besoffenen bedienen soll. Das Ganze nennt sich dann aufstrebender Stadtteil und ist eine einzige große Scheiße. Wir können dem Umstand, bei einem Reformhaus die Scheiben einzuwerfen, wirklich nichts abgewinnen, aber wir verstehen die Wut, die sich hier breit macht, auf eine Immobilienbranche, die immer mehr Eigentumswohnungen verkauft, auf teure Glasneubauten oder schicke Läden, die für diesen Wandel stehen. Das Schanzenfest läßt sich nicht isoliert außerhalb der gesellschaftlichen Verhältnisse betrachten. Wie Rufe von zum Untergang Geweihten wirkte mitten im gleichzeitigen Auflösungsprozeß der SPD um die Demontage von Kurt Beck der verbale Amoklauf vom Hamburger Landesverband. Innenexperte Dressel forderte, der Senat müsse klären, wie es zu den "schweren Zusammenstößen" kommen konnte und kündigte an, die SPD werde in der Bürgerschaft eine Kleine Anfrage stellen. Er forderte analog zum bemüht hemdsärmeligen Jargon des auf die Politikbühne zurückgekehrten Müntefering "eine scharfe Kante" gegen die linke Szene. Martialische Töne die einige Wochen zuvor bereits im Zusammenhang mit dem AntiraKlimaCamp in Lurup angeschlagen wurden. Dort wurde gewettert, es dürfe kein solches Camp mehr in Hamburg geben. Nun einige Wochen später wird festgestellt, ein Schanzenfest dürfe es so wie bisher nicht mehr geben. Wahlen waren doch gerade erst?! Wir sind sehr gespannt auf die unerschöpfliche Liste der Parteien, was es bis in drei Jahren zugunsten des Landfriedens so alles nicht mehr geben soll. Demonstrationen, Osterfeuer, Walpurgisnacht, Hamburger Dom, Trinken in der Öffentlichkeit, Hochzeitsfeiern und selbstverständlich der Wochentag Samstag, weil die meisten Krawalle in ritualisierter Art und Weise ja schließlich auf diesen Tag fallen.

Die SPD besinnt sich in ihrer Krisenhaftigkeit an alte Zeiten und setzt voll und ganz auf die "Law and Order" Karte. Solche offensichtliche Anbiederung an rechte Wählerschichten ist in erster Linie peinlich. Historisch betrachtet gingen die Krawalle nach dem Schanzenfest nämlich unter SPD Regierung und Innensenator Olaf Scholz erst richtig los. Hintergrund war ein Anziehen der Repression und Schwenk nach rechts aus wahltaktischen Gründen, da die SPD stark unter rechtspopulistischem Druck stand. Brechmittel wurden eingeführt und Innere Sicherheit großgeschrieben. Der Achidi-John-Platz vor der Roten Flora trägt nicht umsonst den Namen des ersten von der Innenbehörde durch Brechmittel Ermordeten. Doch die Radikalisierung der SPD nutzte schon damals nichts: Schill setzte sich durch und noch einen drauf! Die Macht ging verloren und Hamburg kam bundesweit in die Schlagzeilen

der Regenbogenpresse: Sylt, Schill, Beust, Koks, Polizeigewalt und Populismus. Vieles ist bis heute geblieben!
Erst durch die völlig unnötigen Polizeieinsätze der Vergangenheit eskalierten die Auseinandersetzungen nach dem Schanzenfest zur heutigen sich selbst erfüllenden Prophezeiung.
Eine "Law and Oder"-Politik hat die Büchse der Pandora überhaupt erst geöffnet. Das wissen auch alle Verantwortlichen in der Innenbehörde und wenn sie könnten, würden einige Personen dort das Rad der Geschichte sicherlich gerne noch einmal zurückdrehen. Auf die martialisch inszenierten Wasserwerferüberfälle auf ein noch traditionell betont friedliches Fest verzichten. Ein Blick zurück ist daher hilfreich. Mitte der Neunziger begannen die Auseinandersetzungen mit der Polizei. Anlass war damals ein kleines Feuer auf dem Schulterblatt, um das acht bis zehn Personen saßen. Gitarre wurde gespielt, gesungen und Bier getrunken. Morgens um 5 kam eine Polizeistreife vorbei und löschte das Lagerfeuer. In den folgenden Jahren spitzten sich die Ereignisse um diese Banalität jedoch zu und immer mehr Polizist_innen wurden zum Einsatz bemüht. Wasserwerfer spritzen wahllos alles über den Haufen, Polizist_innen griffen wahllos Stände und Besucher-_innen an und sperrten ganze Straßenzüge mit Hamburger Gittern ab.
Wurden diese Einsätze anfangs noch relativ gelassen und mit Ironie hingenommen, nahm irgendwann dann auch die Gegenwehr zu. Bis hin zum Zeitpunkt wo es von vielen Jugendlichen und Flaneur_innen als nicht mehr notwendig erachtet wurde, darauf darauf zu warten, bis die Polizei kommt und eine_n verkloppt, sondern dieser zuvor gekommen wird. Denn regelmäßig kam es zu schweren Verletzungen von Besucher_innen und gravierenden Rechtsverstößen der Polizei.
Das heutige, von vielen beklagte Straßenschlachtritual ist eines, das zu keinem Zeitpunkt vom Fest gesucht oder geschaffen worden ist, sondern dessen Entstehung einzig und allein von Polizei und Politik zu verantworten ist! Alle, die schon länger hier im Stadtteil feiern, leben und diese Entwicklung mitgemacht haben, wissen das. Der Staat demonstrierte ungebremst seine Gewalt und wundert sich heute, dass dies nicht unbemerkt blieb.
Die Krawalle nach dem Fest haben nichts ursächlich mit dieser Veranstaltung, aber viel mit den repressiven Verhältnissen zu tun. Wenn die Verantwortlichen aus der Erkenntnis ihrer Unfähigkeit, mit dieser selbstgeschaffenen Situation klarzukommen, jetzt diesen Ball in den Stadtteil zurück spielen wollen, dann sind wir nicht so blöd, auf solche Ablenkungsmanöver einzugehen. Wir lassen uns nicht zum Teil einer alles umfassenden Sicherheitsarchitektur machen und haben keinerlei Veranlassung, die verfehlte Politik des Hamburger Senates auszubaden: Wir werden weiterhin das Schanzenfest feiern und lassen uns von einem wildgewordenen Polizeiapparat diesen Tag nicht kaputtmachen!
Es geht Innensenator Alhaus auch gar nicht darum irgendwelche Krawalle zu verhindern. Im Gegenteil, Alhaus möchte eine Eskalation und Zuspitzung schaffen in deren Rahmen er sich selbst als Friedensstifter darstellt. In unglaublicher Arroganz und Selbstüberschätzung lässt er sich in der Hamburger Morgenpost zu der Bemerkung herab:
"Ich verstehe den runden Tisch als Angebot, dem friedlichen Teil des Schanzenfestes noch eine Chance zu geben."
Die autoritäre Gutsherrenart, in der Alhaus glaubt, im ungeliebten Schanzenviertel sein Zuckerbrot verteilen zu können, stellt sich als beeindruckendes Beispiel an Weltfremdheit und Selbstüberschätzung dar.
Er ist weder in der Position, moralisch fragwürdige Angebote zu machen, noch werden hier irgendwelche Initiativen, die für dieses Fest stehen, einer Aufforderung zum Hofknicks vor dem schwarz/grünen von Beust Senat nachkommen. Dass es lediglich um den Umstand geht, dass im Schanzenviertel seit Jahren ohne das Siegel des Hamburger Senates gefeiert wird, wird auch aus der Reaktion des Grünen Koalitonspartners deutlich: "Gibt es einen Veranstalter des Festes, könnte der es anmelden und hätte eine Rechtsgrundlage für die Durchführung. Mit solch einer Regelung kann das Fest sich eindeutig von dem trennen, was danach passiert" Niemand rechnet anscheinend damit, dass im Rahmen einer Anmeldung oder eines Verbotes weitere Krawalle ausbleiben. Diese Erkenntnis hat sich nach mehreren erfolglosen Versuchen der Be- und Verhinderung des Festes selbst im Polizeiapparat durchgesetzt, weshalb dort inzwischen auch eher auf eine Tolerierung des Festes gesetzt wird. ""Aus polizeilicher Sicht können wir nur mit starken Kräften reagieren. Verhindern lassen sich diese Krawalle kaum", sagt Polizeisprecher Ralf Meyer. Auch das Verbieten des Festes würde vermutlich keinen Sinn machen. "Die Probleme hatten mit dem Fest an sich nichts zu tun"."
Ein Fest das gewaltsam be- oder verhindert wird oder unter Drohungen zwangsangemeldet, wird aufgrund der eingeschlagenen Eskalation erst recht in einem Meer aus Feuer und Flamme untergehen. Weshalb nun also diese populistische Kriegserklä-

rung an das seit Jahren so entspannt verlaufende Fest? Das CDU und SPD das Streichholz an diese sich selbst erfüllende Gewissheit halten, verbleibt lediglich als parteipolitisches Manöver auf Kosten von Anwohnerinnen und Anwohnern, die sich seit Jahren hier engagieren. Es dient der Ideologie der Bekämpfung angeblicher rechtsfreier Räume und knüpft direkt an die Angriffe gegen die Hafenstraße oder die Rote Flora an. Es steht im Kontext einer zunehmenden Überwachung und Repression im Alltag. Der Verschärfung von Gesetzen und immer lückenloseren Kontrolle im Alltag.

Es gibt für uns keinen einzigen guten Grund, weshalb das Fest in Zukunft angemeldet werden sollte. Wir sehen aber durchaus Gründe, die dagegen sprechen!

Ständig zunehmende Auflagen, steigende Kosten durch behördlichen Firlefanz, die Erfahrung von am Fest Beteiligten, dass dieser ganze Aufwand in keiner Art und Weise eine Bedeutung für den Ablauf des Festes als solches hat. Wir finden es z.B. gut und richtig, dass es einen Flohmarkt ohne Anmeldung und Standgebühren gibt. Im bürokratischen Genehmigungsverfahren sind solche soziokulturellen Freiräume für ein Stadtteilfest nicht vorgesehen. Stattdessen werden nach einer neuen Gesetzesrichtlinie Veranstalter_innen sogar noch zur Kasse gebeten, wenn die Polizei ein solches Fest angreift. Nach der Auflösung des Karoviertelfestes vor einigen Jahren wurde die Anmelderin dazu verurteilt, den Einsatz persönlich zu bezahlen. Eine Anmeldung bedeutet, dem staatlichen Kontrollwahn eine Legitimität zuzusprechen, die es nicht gibt. Wir fordern die politisch Verantwortlichen auf, ihre immer wiederkehrende Politik der polizeilichen Eskalation zu beenden. Es gibt für uns keinerlei Veranlassung, der vorgeschobenen Initiative von runden Tischen als Erfüllungsinstrument staatlicher und autoritärer Ordnungspolitik eine Legitimität zu verleihen. Diese Inszenierung dient nicht den Interessen der Menschen, die hier Leben, sondern ist ein Werkzeug zur weichen Durchsetzung einer bürokratischen Disziplinierungsgewalt. Der TeilnehmerInnenkreis solcher Runden gaukelt gesellschaftliche Offenheit vor, während er in Wirklichkeit die ökonomischen Interessen von privilegierten Protagonist_innen durchsetzt.

Dieser von oben inszenierte runde Tisch ist kein Forum zur Behebung der Gründe von gesellschaftlicher Gewalt oder Hierarchien, sondern Bestandteil dieser Verhältnisse.

Er ist ein parteipolitischer Angriff auf alle, die hier leben, arbeiten oder zu Besuch sind und denen etwas an selbstbestimmter Kultur und Politik in diesem Stadtteil liegt. Die Pappkartons werden weiter lodern, nicht nur beim Schanzenviertelfest, sondern auch im Rahmen anderer politischer Auseinandersetzungsfelder. Ob in Moorburg, ob im Rahmen der Sozialpolitik oder den sich verschärfenden Alltagsbedingungen jener, die vom globalen Ökonomieexpress zunehmend abgehängt werden. Es ist nicht nur so, dass den Parteien politische Konzepte im Rahmen sich verändernder Bedingungen fehlen, sondern, dem zugrunde liegend als Teil des Ganzen, natürlich auch der Wille. Die wirkliche Antwort, eine Infragestellung der Werte des politischen Systems und seines autoritären Charakters bleibt in zwangsläufiger Weise aus. Der Feuerschein am Abend des Schanzenfestes bildet insofern nicht nur ein lokales Erlebnis- und sperriges Protestbedürfnis von Jugendlichen ab, sondern ebenso das Hintergrundflackern eines viel weitreichenderen und politischeren Konfliktfeldes. Die Frage nach gesellschaftlicher Teilhabe, nach Perspektiven jenseits ökonomischer Verwertung, die globale Entwicklung und ihre Auswirkungen vor Ort, das sind die Motoren dieser Auseinandersetzung. Wasserwerfer werden auf Dauer nicht ausreichen, um diesen Schwelbrand und seine lokalen Flammenausbrüche zu bändigen!

Der Senat will Befriedung durch Friedhofsruhe. Aber Wut macht erfinderisch!

Wir setzen auf kulturelle und politische Orte der Selbstdarstellung, eine Politik, die wir selbst gestalten und die an unserem Alltag ansetzt, auf Solidarität und Geschichtsbewußtsein. Wir setzen darauf, dass wir uns nicht zu den emotionslosen Objekten einer verfehlten Stadtplanung machen lassen, sondern lassen unseren subjektiven Bedürfnissen freien Lauf.

Wir sind laut, hysterisch, optimistisch. In keiner Art und Weise stapelbar und passend zu biegen in eine Welt, die ich selbst und ihre Gefühle über den Normalzustand definiert.

WIR FEIERN, WIE WIR WOLLEN!
Für selbstbestimmtes Fluten und Leben!
Solidarität mit Betroffenen staatlicher Repression!
Autoritäre Tische umtanzen, ob rund oder eckig!

Autonome im Viertel



Aus für den Naziladen "Brevik" in der Hamburger Innenstadt

Am 25.09.08 eröffnete in der Hamburger Innenstadt ein neuer Laden (Brevik), der ausschließlich Nazi-Kleidung der Marke "Thor Steinar" verkaufte. Nach knapp sechs Wochen, am 31.10.2008 muss der Laden, der einen Vertrag über 5 Jahre erhielt, aufgrund der zahlreichen Proteste wieder dicht machen.

Was war passiert?

Am 25.9. eröffnete in der HSH Shopping Passage ein Bekleidungsgeschäft der Marke "Thor Steinar". Eigentümerin der Ladenpassage ist die norddeutsche Landesbank HSH Nordbank. Diese hatte versäumt sich bei der Vermietung ihrer Ladenräume über ihre neuen Mieter zu informieren.

Die Mediatex / Protex GmbH (Geschäftsführer sind Axel Kopelke und Uwe Meusel) versuchen seit längerer Zeit Geschäftsräume in bester Innenstadtlage zu mieten. Dies gelang ihnen bereits zuvor in Berlin, Leipzig, Dresden und Magdeburg um dort ihre Nazimarke "Thor Steinar" zu vertreiben.

"Thor Steinar" ist eine Modemarke aus dem brandenburgischen Königs Wusterhausen, die in der Neonazisszene äußerst beliebt ist. Dieser Trend kommt nicht von ungefähr. Im Gegensatz zu Marken wie Lonsdale oder Fred Perry, die aus normalen Sportgeschäften stammen und von Rechtsextremen vereinnahmt wurden, gab es Thor Steinar anfangs fast ausschließlich bei einschlägigen Naziläden und Versänden zu kaufen. 2002 wurde die Marke von Axel Kopelke aus Königs Wusterhausen registriert. Seit 2003 tritt für Thor Steinar die Firma Mediatex (jetzt Protex) von Uwe Meusel auf. Inzwischen hat sich die Marke zur beliebtesten Mode in der Neonazi-Szene entwickelt. 2006 machte Thor Steinar einen Jahresumsatz von rund zwei Millionen Euro.

Mit germanischen Runen, völkischer Symbolik, sowie zweideutigen T-Shirt-Aufdrucken, wie "Ski Heil" oder " Hausbesuche" (mit einem Maschinengewehr darunter) machte sich die Marke schnell in der rechtsextremen Szene beliebt. Inzwischen produziert Thor Steinar mit dem rechten Schick auch augenscheinlich "normale, unauffällige" Kleidung und versucht darüber Bekleidungsläden in zentralen Lagen zu eröffnen. Teilweise mit Erfolg.

Ein ähnliches Bild zeigte sich in Hamburg. Protex war an die HSH Nordbank herangetreten Räunlichkeiten mieten zu wollen, um dort funktionale Sport- und Outdoorbekleibung feilzubieten. Sie erhielt auch gleich einen Vertrag über 5 Jahre. Nur wenig Recherche von Seiten der HSHN wäre von Nöten gewesen um zu erfahren wer und was sich hinter dem Namen Protex verbirgt. Aber diese Mühe wurde sich nicht gemacht. Schade! Stattdessen fühlte sich die HSHN von Protex "arglistisch getäuscht" und versuchte darüber den Mietvertrag aufzuheben - mit wenig Aussicht auf Erfolg.







Der Protest

Gegen das Geschäft in der Hamburger Innenstadt wurde oft mehrmals täglich von Antifaschist_innen seit dem Tag der Eröffnung protestierten. Begleitet von einem grossen Polizeiaufgebot musste der Protest meist vor den Türen der Passage stattfinden und nicht direkt vor dem Laden wo



er hingehörte. Manchmal gelang aber auch dies. Aber egal wo mensch sich gerade aufhielt , dem Protest Ausdruck zu verleihen gingt immer. Und das passierte auch auf unterschiedlichste Weise. Während die einen Passant_innen aufklärten oder auf den Platz vor dem Eingang Parolen schrieben nahmen andere die frisch erworbenen Naziklamotten wieder ab. Antifaschistischer Protest ist nun mal vielseitig - und das ist auch gut so! Folge der Proteste ist allerdings auch dass sich nun wieder etliche Menschen aufgrund ihres Engagement mit diversen Ermittlungsverfahren herumärgern werden müssen und es nach einer Festnahmen zu einer Vorführung vor den Haftrichter und einer Hausdurchsuchung kam.

Nichtsdestotrotz kann es als Erfolg gewertet werden dass der Naziladen jetzt, nach knapp 6 Wochen, seine Türen wieder schließen muss. Der Protest passte nicht in das Konzept der Shopping Meile und beinträchtigte auch die Absätze der anderen Geschäfte vor Ort. Trotzdem bleibt zu Vermuten dass eine nicht unerhebliche Summe zwischen HSHN und Protex über den Tisch gewandert ist, damit Uwe Meusel den Laden wieder aufgibt. Es scheint unglaubwürdig das Meusel den Laden freiwillig aufgegeben hat. Transparenz von Seiten der HSHN in dieser Angelegenheit wäre nicht nur wünschenswert sondern auch dringend notwendig, schließlich hätte es den ganzen Ärger und nicht gegeben, hätte man etwas früher sorgfältiger recherchiert. Es ist damit zu rechnen, dass je nach gezahltem Betrag die Eröffnung neuer Thor-Steinar-Läden (vielleicht an den Rändern von Hamburg) in greifbare Nähe rückt. Bleibt nur zu hoffen dass sich über die zahlreiche Berichterstattung der Name Protex und Thor Steinar so in der öffentlichen Wahrnehmung gefestigt hat, das potentiellen Vermieter_innen bereits bei der Vorstellung ihrer neuen Mieter_innen ein Licht aufgeht!

In diesem Sinne:

Schöner Leben ohne Naziläden!

Prozess gegen Oliver, Florian & Axel

Am 25. September begann der Prozess gegen Axel, Oliver und Florian vor dem Berliner Kammergericht. Ihnen wird vorgeworfen, Ende Juli 2007 versucht zu haben, in Brandenburg (Havel) drei Bundeswehrfahrzeuge anzuzünden.

Mittlerweile fanden 8 Prozesstage statt. Wer mehr zu Erinnerungslücken der Schergenzeugen, Anwesenheit von bewaffneten Beamten im Besucher_innen-Raum, eingeschränkte Aussagenehmigungen für BKA Mitarbeitende sowie Einlasskontrollen und das Kopieren der Ausweise des Publikums lesen möchte, findet Infos und fortlaufende Prozessberichte unter der Internetseite: http://einstellung.so36.net

Die nächsten Prozesstermine finden jeweils um 9 Uhr im Gerichtsgebäude Berlin-Moabit in der Turmstraße 91, Saal 700 statt: 02. 11., 13. 11., 10. 12., 11. 12., 17.12., 18.12.08 und 0 7.01. 09

Prozesserklärung von Axel, Florian und Oliver

Hier sitzen die falschen Leute auf der Anklagebank und sollen als Mitglieder einer kriminellen Vereinigung nach Paragraph 129 verurteilt werden. Auf die Anklagebank gehören Kriegstreiber, Kriegsbefürworter und Rüstungskonzerne. Sie sind die kriminellen Vereinigungen. Sie sind anzuklagen.

Ist Krieg Frieden?

Immer wieder heißt es, die heutigen Kriege - und ganz besonders der Krieg in Afghanistan - seien eigentlich eine Friedensmission. Wenn man die Truppen abzöge, käme es zum Bürgerkrieg oder chaotischen Verhältnissen. Dies ist allerdings reine Spekulation. Sicher ist dagegen, dass der derzeitige Kriegszustand für die afghanische Bevölkerung Elend, Hunger und Terror bedeutet. Deutsche Politiker, von Jung bis Merkel, erhalten unermüdlich den Mythos aufrecht, die in Afghanistan operierende NATO-Truppe ISAF handle als reine Friedens- und Stabilisierungsmission. Dabei wird immer deutlicher, dass sie an einem entgrenzten Krieg gegen die afghanische Bevölkerung beteiligt ist. Denn bei dem ISAF-Einsatz, an dem gegenwärtig ca. 3.300 Bundeswehrsoldaten beteiligt sind, handelt es sich keineswegs um einen Entwicklungshilfeeinsatz.
Der sogenannte Krieg gegen den Terror am Hindukusch arbeitet mit Mitteln der Aufstandsbekämpfung, die sich ebenso gegen Kämpfer und Kämpferinnen wie gegen Zivilisten und Zivilistinnen in Afghanistan richten. Mit der Übernahme des Kommandos der Schnellen Eingreiftruppe verstrickt sich Deutschland immer tiefer in diesen Aufstandsbekämpfungskrieg.
Was dies für die afghanische Bevölkerung heißt, ist Ende August wieder einmal sehr deutlich geworden. Die Koalitionstruppen verübten am 21. August diesen Jahres ein Massaker. Sie begründeten ihr Verbrechen mit den Worten, sie hätte mit afghanischer Unterstützung ein Treffen der Taliban in der westafghanischen Provinz Herat angegriffen und dabei 30, zum Teil führende Funktionäre des islamistischen Widerstands, getötet. Einige Tage später stellte die afghanische Unabhängige Menschenrechtskommission fest, dass 90 unbeteiligte Menschen, hauptsächlich Frauen und Kinder, getötet wurden. Selbst die mit dem Westen verbundene Regierung Karsai musste einräumen, dass Zivilpersonen bei dem Angriff starben.
Das Massaker löste in Afghanistan massive Proteste aus. In Azizabad griffen aufgebrachte Bewohner und Bewohnerinnen afghanische Soldaten an. Angesichts dieser Gewalttaten nimmt der legitime Widerstand gegen die Besatzung unter allen Bevölkerungsschichten Afghanistans zu. Die Medien stellen die afghanische Bevölkerung generell als Taliban oder Warlords dar - ein absolut verzerrtes Feindbild. Für viele geht es einfach um ein Recht auf Widerstand gegen den Terror der Besatzer, gegen einen Krieg, in dem so viele Unschuldige sterben müssen.
Immer wieder kommt es zu solchen sogenannten Zwischenfällen, die in Wirklichkeit der Alltag des Krieges sind: Einen Tag vor dem Massaker in Herat meldete dpa, die Bundeswehr habe erklärt, in der Nähe von Faisabad einen Angreifer erschossen zu haben. Der Polizeichef der Provinz habe aber klargestellt, dass es sich um einen Schäfer handelte. Er hatte der Militärpatrouille per Handzeichen signalisiert, nicht näher an seine Herde heranzufahren.
Stirbt ein deutscher Soldat in Afghanistan, dann wird jedoch staatstragend getrauert. Ende August wurde bei einem Angriff auf einen deutschen Konvoi ein deutscher Fallschirmjäger getötet. Sein Trupp sei in eine Sprengfalle geraten, teilte der Verteidigungsminister Jung mit. Er verurteilte diesen Anschlag als feige und hinterhältig. Tote Afghanen werden dagegen allenfalls als unvermeidlicher Kollateralschaden der Kriegsführung erwähnt.
Müssen erst viele Zinksärge mit deutschen Soldaten und Soldatinnen zurückkommen, damit allen klar wird: Deutsche Truppen müssen raus aus Afghanistan! Warum reichen die vielen afghanischen Toten nicht aus? Anscheinend nicht: Die Zustimmung im Bundestag für eine Verlängerung des Mandats des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr gilt als sicher. Dabei erkennen selbst viele deutsche Soldaten trotz aller Propaganda, worum es in Afghanistan tatsächlich geht. Es gibt derzeit einen Einbruch bei den Meldungen zum freiwilligen Dienst an der Waffe; zehn Prozent aller Offiziersanwärter quittieren ihren Dienst schon während ihrer Ausbildung. Sie haben berechtigte Angst um ihr Leben.

Was sind die Kriegsgründe?

Die Lügen über die Ziele deutscher Kriegspolitik werden immer offensichtlicher: Schon 1999 hieß es, wir müssten wieder in den Krieg ziehen, um ein weiteres Auschwitz zu verhindern. Mit dieser dreisten Instrumentalisierung der Shoah wurde erstmalig ein völkerrechts- und grundgesetzwidriger Angriffskrieg gegen Jugoslawien legitimiert. Er kostete vielen Zivilisten und Zivilistinnen das Leben. Angeblich sollte ein Völkermord im Kosovo verhindert werden. Gezielte Zerstörungen von Strom- und Wasserversorgungen, Brücken, Ölraffinerien und Chemiefabriken verschlechterten die Lebensbedingungen der Menschen drastisch. Jugoslawien wurde zerschlagen.
In Afghanistan spricht vor allem dessen geostrategische Bedeutung für einen Krieg. So will der US-Konzern Unocal eine Pipeline durch Afghanistan verlegen. Afghanistan ist interessant als Pipelinekorridor und liegt in der Nähe von zwei Dritteln der weltweiten Öl- und Gasvorräte. Das Land eignet sich inmitten dieser weltpolitisch wichtigsten Region als Stationierungsort für Radaranlagen und Raketenabschussrampen. Lothar Rühl, früherer Regierungssprecher und Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, bezeichnete die Sicherung der westlichen Investitionen in das neue Afghanistan als eigentlichen Kriegsgrund.
Daher wurden im Rahmen der Besatzung umfangreiche Wirtschaftsreformen diktiert. So beteiligte sich Deutschland maßgeblich an der Ausarbeitung eines sogenannten Investitionsschutzabkommens. Dieses erlaubt es Ausländern, Firmen in Afghanistan zu 100 Prozent zu besitzen, schützt sie vor Enteignung und befreit sie obendrein in den ersten acht Jahren völlig von Steuerzahlungen. Die "Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt" - werden schon in den Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 als Kriegsgrund genannt.

Ein weiterer Grund für die deutsche Regierung, die militärische Unterstützung des Krieges zu verlängern, ist, dass sie ihre Bündnistreue gegenüber der NATO beweisen will. Sie will ihre Position in der NATO sichern und zudem auch die NATO festigen. Denn ein Abzug der deutschen Truppen aus Afghanistan, würde den "Krieg gegen den Terror" zum Scheitern verurteilen. Und es würde die NATO in ihrer gegenwärtigen Konzeption, als weltweit agierendes Bündnis auch für künftige Angriffskriege, in Frage stellen.

Wer verdient an den Kriegen?

Und überhaupt: Die Geschäfte mit dem Tod laufen gut. 2007 stiegen die weltweiten Militärausgaben auf ein Rekordniveau. Insgesamt wuchsen die Umsätze der Waffenkonzerne gewaltig und zeigten, wie gewinnbringend der Handel mit Kriegsmaterial ist. Das Militär verschlingt Milliarden. Das Stokkholmer Friedensinstitut ermittelte die größten Waffenexporteure der Welt. Deutschland ist mit einem Weltmarktanteil von zehn Prozent drittgrößter Rüstungsexporteur der Welt.
Die Firma Heckler & Koch beispielsweise liefert weltweit ihre Sturmgewehre G 36 in die Krisenzentren der Welt. So auch an die georgische Armee, die am 8. August dieses Jahres die Hauptstadt der Provinz Ossetien mit deutschen Waffen überfiel. Mit der georgischen Militäroffensive begann ein schmutziger Krieg im Kaukasus. Vor allem traf es wieder wehrlose Zivilisten - auch Kinder: Opfer eines Konflikts, der schon viele Jahre schwelt. Trotz Exportverbots ist die Standardwaffe der Bundeswehr, das Sturmgewehr G 36 K, schon 2005 nach Georgien geliefert worden. Die Rüstungsexportrichtlinien untersagen Waffenexporte in Krisenregionen. Entweder hat Heckler & Koch illegal geliefert oder die USA haben die Waffen weiterverkauft und damit gegen die Endverbleibsklausel verstoßen, die solche Weiterverkäufe verhindern soll.
Es gab und gibt immer wieder Waffenlieferungen von deutschen Firmen an menschenrechtsverletzende oder kriegsführende Staaten.
Wer ermittelt gegen solche kriminellen Machenschaften? Wer verurteilt sie?

Woher kommt das Geld für die Kriege?

Die Intensität der Kriege nimmt zu und an der Rüstung wird immens verdient. Mit dem Verteidigungshaushalt werden die finanziellen Grundlagen dafür gelegt, dass die Bundeswehr ihre Kriege führen kann.
Die Abgeordneten des Bundestages haben am 30. November 2007 das Haushaltsgesetz 2008 beschlossen und den Verteidigungsetat wieder einmal um eine Milliarde auf 29,45 Milliarden Euro erhöht. Auch deshalb wird ein Großteil der Menschen immer ärmer. Es geht zuviel Geld in den Verteidigungshaushalt.
Die sozialen Kürzungen in den verschiedensten Bereichen treffen zuerst diejenigen, die sowieso an den sozialen Rand gedrängt sind. Diese Entwicklungen sind eben nicht zu trennen vom weltweiten Kriegszustand. Rüstungsausgaben steigen, an Ausgaben für Soziales wird gespart. Ganze Bevölkerungsschichten verarmen, eine neue Form von Kinderarmut entsteht.
Die neue soziale Situation wird von den Strategen der Bundeswehr für die Nachwuchsgewinnung schamlos ausgenutzt. Professoren an der Bundeswehr-Universität München nehmen an, dass es derzeit eine erhöhte Gewaltbereitschaft von Jugendlichen gebe. Die Bereitschaft zum Töten sei eine ideelle Ressource. Eine mögliche Verbesserung auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt ist aus ihrer Sicht gar nicht erwünscht. Denn gerade in der Perspektivlosigkeit von Jugendlichen sehen sie die Chance, ausreichend Soldaten zu rekrutieren. So versucht die Bundeswehr besonders an Schulen und auf Arbeitsämtern, Nachwuchs zu gewinnen.

Wo bleiben die Kriegsflüchtlinge?

Der Krieg gegen Afghanistan ist auch der Grund dafür, dass viele Menschen aus dem Land fliehen. Aber anstatt sie aufzunehmen, weil man die Ursachen für die Flucht selbst geschaffen hat, müssen die überlebenden Opfer des Krieges eine Migrationspolitik erleiden, die eng mit den Sicherheits- und Kriegsinteressen verbunden ist. Ziel aktueller deutscher und europäischer Migrationspolitik ist es, Flüchtlinge kriegsnah in Lagern zu internieren - möglichst außerhalb von Europa. Und es geht um eine schnelle Abschiebung der Flüchtlinge, die es doch bis Europa geschafft haben, zurück in die Kriegsgebiete.
Schon im Juni 2005 haben die deutschen Innenminister grundsätzlich die sogenannte "Rückführung" aller afghanischen Flüchtlinge in den Krieg beschlossen. Zunächst wurden nur Straftäter und alleinstehende Männer abgeschoben, jetzt sollen zumindest in Hamburg ganze Familien in den möglichen Tod geschickt werden. Die Innenminister hatten diese Entscheidung ein Jahr zuvor damit begründet, dass sich die Lage in Afghanistan seit dem Sturz des Taliban-Regimes stabilisiert habe. Es sei dort wieder sicher. In einem geheimen, von der ZEIT veröffentlichten Papier, gab aber damals selbst das Auswärtige Amt zu, dass das Land "kein sicherer Herkunftsstaat" sei.

Welcher Widerstand ist möglich gegen den Krieg?

Widerstand, der das Ziel hat, die Gewalt des Krieges, die Kriegswirtschaft sowie das Militär anzugreifen, um eine Situation der Besatzung, die Ermordung von Zivilisten und Zivilistinnen und die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen zu unterbinden, ist legitim. Sabotage ist ein Teil dieses Rechtes auf Widerstand und soll im besten Fall Schlimmeres, nämlich Kriegseinsätze, verhindern helfen.
Im angelsächsischen Raum gab es in den letzten Jahren drei Sabotage-Aktionen, die die dortigen Geschworenengerichte nicht bestraften, sondern bei denen sie die Angeklagten freisprachen.
Friedensaktivsten und -aktivistinnen hatten 2003 auf dem Flughafen Shannon in Irland einen Schaden von 2,5 Millionen US-Dollar verursacht, um den US-Militärstützpunkt mit seiner Kriegstätigkeit zu sabotieren. Der irische Staat wollte sie bestrafen. Das Geschworenengericht befand, dass die militärischen Ausrüstungen auf dem Flugplatz das Leben und den Besitz der irakischen Bevölkerung bedrohen. Daher sei die erfolgte Sabotage legal und nicht kriminell.
Im englischen Bristol sprachen die Geschworenen im Mai 2007 einstimmig zwei Antimilitaristen frei. Die beiden hatten im März 2003 - kurz vor Beginn des Irakkrieges - auf dem Militärflughafen Fairford versucht, B52-Bomber der US-Airforce unschädlich zu machen. Sie begründeten ihre Tat damit, dass sie die Bombardierung mit Streubomben im Irak verhindern wollten, die wie Minen vorrangig die Zivilbevölkerung treffen. Das Geschworenengericht begründete den Freispruch damit, dass die beiden gehandelt hatten, um Lebensgefahr für die Bevölkerung im Irak abzuwenden und Kriegsverbrechen zu verhindern.
Auch in Belfast in Nordirland sprach ein Geschworenengericht im Juli dieses Jahres neun Antimilitaristen frei. Sie hatten im Jahr 2006 eine direkte Aktion in den Büros der Raytheon Company unternommen. Damit demonstrierten sie gegen den Einsatz militärischer Kommunikationssysteme von Raytheon durch die israelische Armee im Krieg im Libanon. Sie beriefen sich auf Human Rights Watch, die diesen Kriegseinsatz als Kriegsverbrechen angeklagt hatten. Die Geschworenen befanden einstimmig, dass die Zerstörungen in den Büros des Unternehmens in Derry darauf ausgerichtet waren, Kriegsverbrechen zu verhindern.
Aber in Deutschland setzt man alles daran, ein ruhiges Hinterland zu haben, um Kriege führen zu können. Deshalb geht es für die Staatsorgane hier mit aller Gewalt darum, die Gesellschaft zu militarisieren und einen Feind sichtbar zu machen und zu identifi-

zieren, um ihn auszugrenzen und in die Gefängnisse zu stecken.
Kenntlich gemacht wird der Feind über das Gesetz, über die Paragraphen 129, 129a und 129b und deren Anwendung. Auch gegen uns wird der Paragraph 129 gerichtet. Wer der Feind ist, liegt in der Definitionsmacht der Herrschenden. Das mg-Verfahren ist in diesem Sinn zu verstehen.

Worum geht es in unserem Verfahren?

Wir sollen als antimilitaristischer Widerstand, Revolutionäre und Mitglieder der militanten gruppe im Sinne der Staatsräson angeklagt und verurteilt werden. Denn es geht in diesem Gerichtsverfahren nicht nur um eine versuchte Brandstiftung gegen Militärfahrzeuge, sondern um ein sogenanntes Vereinigungsdelikt. Ob nun terroristische oder kriminelle Vereinigung, strafbar ist die bloße Mitgliedschaft, egal ob die einzelnen Mitglieder eine Straftat begangen haben oder nicht: Der aktuelle Paragraph 129 erhielt seine Struktur im Rahmen des 1. Strafänderungsgesetzes 1951 zur Verfolgung von Kommunisten und Kommunistinnen in der BRD. Der Paragraph 129 hat die Funktion eines politischen Strafrechtes, wenn der Bundesgerichtshof die militante Gruppe als eine kriminelle Vereinigung klassifiziert, obwohl doch nach dem Artikel 103 Absatz II des Grundgesetzes gilt, dass niemand wegen seiner politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden darf. Trotzdem bleibt dieses Gesinnungsstrafrecht bestehen.
Im Namen der militanten Gruppe gab es Bekenntnisse zu 24 Anschlägen und den Versuch, eine Debatte über Militanz und Organisierung anzuregen. In ihren Texten erklärt sie, dass ihre Anschläge in der derzeitigen Phase nur eine propagandistische und unterstützende Wirkung für Klassenkämpfe oder antirassistische Kämpfe haben können. Der Bundesgerichtshof nahm inzwischen davon Abstand, zu behaupten, diese Aktionen könnten die Grundstrukturen des Staates beseitigen oder beeinträchtigen - als objektive Bedingung für die Zuschreibung einer terroristischen Tat.
Die Anklage durch die Bundesstaatsanwaltschaft auf der Grundlage des Paragraph 129 soll aber weiter dazu dienen, einen solchen organisierten Widerstand zum Staatsfeind zu überhöhen. Das Verfahren gegen uns kann so auch zu einem exemplarischen Verfahren werden, um zukünftig mit dem Paragraphen 129 vom Farbbeutelwurf bis zum Straßenriot viele Mittel gesellschaftlicher Auseinandersetzung zu kriminalisieren und mit einem Feindstrafrecht zu bestrafen, das vom normalen Strafrecht abgespalten wird.
Die Kriminalisierung politischen Widerstandes trifft derzeit nicht nur uns: In Stuttgart-Stammheim gibt es zurzeit ein Verfahren auf der Grundlage des Paragraphen 129b. Auch in anderen Ländern werden politische Aktivisten und Aktivistinnen kriminalisiert: in Frankreich die Anarcho-Autonomen, in Griechenland die Anarchisten und Anarchistinnen, in Belgien und der Schweiz Die Rote Hilfe International, in Österreich die Tierrechtsaktivisten und -aktivistinnen, im Baskenland und in Italien die politisch-militärische Kommunistische Partei (PC p-m) und der Genua-Widerstand.
Wie rüstet der Staat präventiv gegen Widerstand auf?
Das Strafrecht wird hier in ein Gefahrenvorbeugungsrecht überführt. Um ungestört Kriege führen zu können und den kapitalistischen Normalzustand zu sichern, werden Maßnahmen ergriffen, die sich gegen jeden und jede richten können. Damit verbunden ist der immer schnellere Abbau demokratischer Rechte. Die zunehmende Militarisierung - der Ausbau des Überwachungsstaates werden forciert. Ziel des anvisierten präventiven Sicherheitsstaates ist es, den verfassungsgemäß unveränderbaren Artikels 1 des Grundgesetz es, den Schutz der Menschenwürde, auszuhebeln.
Die Angst vor der terroristischen Gefahr wird geschürt, um die Bürger und Bürgerinnen in diese Richtung manipulieren zu können. Für diese Gefahr gibt es keine konkreten Anhaltspunkte. Aber für den Umbau des Rechtsstaates hält sie her. Von einem Großteil der Menschen wird alles gebilligt, was die angebliche Gefahr mindern könnte. Die meisten Freiheitsgesetze werden der Sicherheit geopfert und viele kriegen es nicht mit. Die Sicherheitspolitik schlägt verfassungsrechtliche Bedenken in den Wind. So will der Innenminister das Folterverbot aufheben: Wenn ein Beschuldigter auf grausame Weise gesprächig gemacht wurde, dann sollen die deutschen Sicherheitsdienste davon profitieren können. Der Innenminister fabuliert von extralegalen Erschießungen und will den Abschuss von entführten Flugzeugen erlauben. Zudem stehen auf der Wunschagenda des Innenministeriums oder sind zum Teil schon Realität: Das Einsperren von sogenannten Verschwörern und Gefährdern in Lager, Kommunikationsverbote für politisch Missliebige und für ganze Gruppen von Migranten und Migrantinnen, Hausdurchsuchungen ohne Anwesenheit von Zeugen und Betroffenen, geheime Onlinedurchsuchungen, Einsatz von Militär mit Waffen gegen Demonstrierende und die umfassende Bespitzelung der Bürger und Bürgerinnen durch Polizei und Geheimdienste sowie die Rasterfahndung.
Mit welcher Aggressivität sich die Zustände verschärfen könnten, zeigen die Vorschläge der Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD), die sogar die Anti-Terror-Gesetze durch die zwei neuen Paragraphen 89a "Vorbereitung einer Gewalttat" und Paragraph 91 "Anleitung zu einer Gewalttat" erweitern will. Demnach sollen auch Einzelne wie terroristische Vereinigungen verfolgt werden können.
Dass die Rechtsordnung im Rahmen staatlicher Repression suspendiert wird, ist in der BRD nichts Neues. Schon in den 1970 Jahren wurden Legislative, Exekutive und Justiz in den sogenannten Krisenstäben einfach zu einem Komplex miteinander verschmolzen, um gegen die RAF vorzugehen. Die Krisenstäbe erwogen während der Schleyer-Entführung die Todesstrafe für inhaftierte RAF-Aktivisten. Generalbundesanwaltschaft Kurt Rebmann schlug sogar vor, den Artikel 102 des Grundgesetzes, "Die Todesstrafe ist abgeschafft"- unverzüglich zu ändern - und solche Personen zu erschießen, die "von Terroristen durch menschenpresserische Geiselnahme befreit werden sollen".

Was lehrt uns die Geschichte?

Aus der Geschichte des deutschen Faschismus haben zumindest wir gelernt, dass der NS-Staat mit Unterstützung seiner national mobilisierten Bevölkerung eine grenzenlose Kriegsgewalt vorangetrieben hat, die die Zivilbevölkerung in Europa brutal zu spüren bekam. Nach dem 2. Weltkrieg konnte es aufgrund der Millionen Kriegstoten und der systematischen Ermordung des europäischen Judentums nur eine Lehre geben: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus.
Daraus speiste sich auch der Widerstand der Nachkriegszeit: Der Widerstand gegen die Wiederbewaffnung, gegen den Aufbau einer neuen Wehrmacht, die dann Bundeswehr hieß, gegen Atomwaffentests, gegen Nato-Manöver, gegen die imperialistische Kriegspolitik der USA.
Wenn das Gericht versucht, uns zu bestrafen, richtet sich diese Kriminalisierung gegen den emanzipatorischen Versuch, sich gegen einen Staat und gegen eine herrschende Politik zu wenden, die im Namen des sogenannten "Kriegs gegen Terror" Krieg führt, bombardiert, tötet und foltert.

Nie wieder Krieg! Viele Formen des Widerstands sind legitim!
Für eine kommunistische Weltgesellschaft!
Mit Tucholsky sagen wir: Krieg dem Kriege!
Friede auf Erden!
26.09.2008

Über den Umgang der TAN (Tierrechtsaktion Nord) mit Betroffenen von sexualisierter Gewalt, mit Tätern und mit Kritik aus linksradikalen Zusammenhängen

Wie sich die TAN aus linksradikaler Politik und Praxis verabschiedet

In Hamburg läuft seit mehr als einem Jahr eine öffentliche Auseinandersetzung um einen Vergewaltiger. Verschiedene Gruppen aus der linksradikalen Szene haben sich dazu seit Sommer 2007 positioniert und eine Reihe von Papieren veröffentlicht (nachzulesen insbesondere in der "ZECK", dem "Info aus der Flora"/Hamburg, Nr. 140-145). Einerseits ging es um die Unterstützung und Solidarisierung mit der Betroffenen und ihrem Umfeld und das Ziel, den Vergewaltiger und sein Umfeld zu bewegen, die unerträgliche Situation für die Betroffene zu entspannen, andererseits ging es auf einer allgemeineren Ebene um den Umgang mit Sexismus in der linksradikalen Szene und die Definitionsmacht der betroffenen Frau.

Alle Versuche, die Situation für die Betroffene zu verbessern, waren bisher weitgehend erfolglos. Im Verlauf des letzten Jahres wurde die Gruppe TAN Teil dieser Auseinandersetzung. Nachdem im Hamburger Infoladen Schwarzmarkt die erste Erklärung der Unterstützer_innen der Betroffenen öffentlich ausgelegt wurde, heftete eine Aktivistin der TAN eine Gegenerklärung von "Freundinnen und Freunden des Mannes, dem eine Vergewaltigung vorgeworfen wird" dazu. In diesem Text wird der Betroffenen und ihrem Umfeld unterstellt, seit Jahren eine Hetzkampagne gegen den Vergewaltiger zu führen, mit dem Ziel, seine Existenz zu zerstören. Der Text versucht, mit der vermeintlich unbestreitbaren Wahrnehmung von "(Zeit)Zeugen" die Betroffene und ihre Unterstützer_innen unglaubwürdig zu machen. Systematisch wird der Vergewaltiger zum Opfer, die Betroffene und ihre Unterstützer_innen zu Täter_innen einer Rufmordkampagne umdefiniert. Die Vergewaltigungen selbst werden geleugnet. Im Gegenzug wird mit einem drastischen Zitat aus einer Beschreibung einer besonders grausamen Vergewaltigung in Chile der Vorwurf erhoben, die Betroffene würde eine Relativierung des Vergewaltigungsbegriffs betreiben und damit allen "wirklichen" Vergewaltigungsopfern in den Rücken fallen.

Das Plenum des Schwarzmarktes forderte daraufhin eine Erklärung der TAN, die zu diesem Zeitpunkt die Räume des Schwarzmarktes noch als Treffpunkt nutzte. Eine schriftliche Antwort der TAN erfolgte erst nach mehrmaliger Aufforderung Monate später, nachdem die TAN einem Rauswurf aus dem Schwarzmarkt zuvorgekommen war und von sich aus auf eine weitere Nutzung der Struktur verzichtet hatte.

In ihrem Brief beschimpft die TAN das Schwarzmarktplenum auf arroganteste Weise. Eine Stellungnahme zu der fraglichen Erklärung der "Freundinnen und Freunde" des Vergewaltigers, oder dazu, warum diese von der TAN-Aktivistin im Schwarzmarkt veröffentlicht wurde, gibt es nicht. Es gibt im Brief der TAN auch keine allgemeine Erklärung oder Positionierung zur konkreten Auseinandersetzung oder zum Umgang mit Sexismus im Allgemeinen. Einzig die konsequente Verwendung von Anführungsstrichen, sobald von an der Auseinandersetzung um den Vergewaltiger beteiligten Personen die Rede ist, macht deutlich, welche Position die TAN hier einnimmt: eine "vergewaltigte Frau", ...dem von Teilen Eurer Szene vorgeworfen wird, er sei ein "Vergewaltiger".

Für uns ist das Maß voll. Nicht nur auf der Ebene der Textproduktion, sondern ganz konkret waren und sind Einzelne aus der TAN zudem schon seit Jahren an Bedrohungsszenarien unterschiedlichster Art beteiligt und nehmen Teil an der Stimmungsmache gegen die Betroffene und der andauernden Einschränkung ihres Bewegungsspielraumes.

Aus unserer Sicht ist das, was Einzelpersonen aus der TAN und in der Folge jetzt die TAN als organisierte Struktur machen, nichts anderes als Täterschutz. Aus dem Brief der TAN wird deutlich, dass sie sich selbst nicht mehr als Teil eines linksradikalen Spektrums begreift und dass sie alles, was aus diesem Umfeld an Kritik an sie herangetragen wird, reflexartig zurükkweist.

Wir erwarten von Freundinnen und Freunden eines Vergewaltigers etwas anderes, erst recht, wenn es sich um Leute handelt, die sich politisch organisieren. Ihre Aufgabe wäre vor allem, zur Entschärfung der Situation der Betroffenen beizutragen und den Vergewaltiger in einer selbstkritischen Auseinandersetzung mit seiner Tat zu unterstützen, diesen Prozess transparent zu machen und dadurch seine Isolierung vermeiden zu helfen. Die TAN hat sich für einen anderen Weg entschieden: sie unterstützt diejenigen, die den Vorwurf leugnen und ins Gegenteil verdrehen. Auch die Form, die die TAN dafür gewählt hat, führt vor allem zu einer weiteren Eskalation.

Wir müssen an einer einzigen Stelle unsere Übereinstimmung mit einer Position der TAN konstatieren: Mit linksradikaler Politik hat dieser Verein nichts gemein!

Da sich die Schärfe der Auseinandersetzung in dieser knappen Darstellung eventuell nicht vollständig vermittelt, können die relevanten Texte im Schwarzmarkt eingesehen oder als PDF unter mail@gruppe-commode.org angefordert werden.



[a^{2}]
ag c-k
café knallhart
gruppe commode
gruppe dunkelbunt
infoladen schwarzmarkt
sous la plage

Erklärung der Arbeitsgemeinschaft Neuengamme

Mit Bestürzung verfolgt die Arbeitsgemeinschaft Neuengamme die Entwicklung des Verhältnisses von Bundeswehr und KZ-Gedenkstätte Neuengamme in den letzten Jahren.
Wir haben bei verschiedenen Gelegenheiten darauf hingewiesen, dass es sich bei der Bundeswehr vor allem um ein Instrument der Regierung handelt, mit dem Interessen- und Machtpolitik auch mit kriegerischen Mitteln umgesetzt wurden und zukünftig verstärkt umgesetzt werden. Angehörige der Bundeswehr erklären sich mit ihrem Eintritt in dieselbe genau damit einverstanden. Diese Tatsache ist unserer Ansicht nach mit den Zielsetzungen der Gedenkstättenarbeit nicht in Übereinstimmung zu bringen, denn eine Gedenkstätte sollte mithilfe der Vermittlung historischen Wissens Menschen behilflich sein, ein Bewusstsein für Respekt und Menschenwürde zu entwickeln und sie dazu ermutigen, kritisch und selbstständig Fragen zu Systemen staatlicher Unterdrückung und Diskriminierung zu stellen und sich mit der Geschichte und auch der unsäglichen Nachgeschichte von Neuengamme zu beschäftigen.
Aktueller Anlass dieser Erklärung ist die Einstellung eines Bundeswehrsoldaten als freier museumspädagogischer Mitarbeiter in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Im Rahmen dieser Arbeit wird er als Repräsentant der Gedenkstätte auftreten und die Geschichte des Konzentrationslagers und der Häftlinge an Schulklassen aber auch an Bundewehrgruppen vermitteln.
Die KZ-Gedenkstätte Neuengamme hat sich in diesem Zusammenhang kürzlich entschieden, künftig auf die Mitarbeit eines langjährigen freien Mitarbeiters der Museumspädagogik zu verzichten. Grund für diesen drastischen Schritt war die Ankündigung des Pädagogen, nicht mehr als Guide für Bundeswehrgruppen zur Verfügung zu stehen, solange die Gedenkstätte nicht endlich bereit sei bzw. die Notwendigkeit erkenne, gemeinsam mit dem Team der freien Gedenkstättenpädagog/innen und den Überlebendenverbänden Fragen hinsichtlich ihrer Zusammenarbeit mit der Bundeswehr und der Einstellung eines aktiven Bundeswehrsoldaten als freien Museumspädagogen zu diskutieren, wie diese es seit längerem fordern.
Ist diese Entlassung ein Versuch seitens der KZ-Gedenkstätte, einer notwendigen inhaltlichen Diskussion um Leitbilder und politische Fragen zu entgehen? Wenn ja, aus welchem Grunde sollen mit engagierten, dort seit langem tätigen freien Mitarbeiter/innen keine inhaltlichen Diskussionen geführt werden?
Die Arbeitsgemeinschaft Neuengamme (AGN) als Interessensvertretung der Überlebenden und ihrer Angehörigen des Konzentrationslagers Neuengamme, sieht sich aus verschiedenen Gründen veranlasst, in dieser Angelegenheit zu intervenieren, auch, um das bislang positive Verhältnis von AGN und Gedenkstätte weiterhin zu gewährleisten.

Der Ort der Vernichtung von mehr als 50.000 Menschen und des Leidens so vieler anderer ist ein Ort der Erinnerung, des würdevollen Gedenkens und der Information. Er darf kein Ort werden, an dem ein deutscher Armeeangehöriger exponiert auftritt, für den die Richtlinien des Gehorsams und der Einsatz kriegerischer Mittel, die politisch gewollt von der Bundesrepublik Deutschland ausgehen, nicht in Frage stehen. Ebenso muss die Möglichkeit ausgeschlossen werden, dass Überlebenden oder ihren Angehörigen als BesucherInnen der Gedenkstätte ein deutscher Soldat als Guide gegenübersteht, auch wenn er dort nicht in Uniform erscheint. Es geht der Arbeitsgemeinschaft Neuengamme nicht darum, Angehörigen der Bundeswehr die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Verbrechen zu verweigern. Diese ist unbedingt notwendig, unterstützenswert und sollte Aufgabe der politischen Bildung seitens der Bundeswehr als Organ eines sich als demokratisch gebenden Staates sein. Noch aber werden Gedenkstättenbesuche leider häufig dazu genutzt, Bundeswehrsoldat/innen auf Auslandseinsätze mit Kriegsverlauf vorzubereiten. Solange sich zudem Angehörige der Bundeswehr offiziell an Ehren und Gedenkzeremonien für NS-Kriegsverbrecher in Mittenwald, am Ulrichsberg, auf Kreta, in Italien, Spanien, Frankreich und vor unzähligen Kriegs-Denkmälern in der BRD beteiligen, sind die Traditionslinien von nationalsozialistischer Wehrmacht und Bundeswehr keinesfalls durchbrochen.
Die AGN sieht angesichts der Geschehnisse in Neuengamme die Umsetzung der Losung "Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!" eklatant in Frage gestellt. Wir verurteilen zudem die Kündigung des freien Gedenkstättenpädagogen als einen Akt der Repression gegenüber einer Person mit einem unbequemen antifaschistischen Selbstverständnis, das allerdings unabdingbar ist für die pädagogische Arbeit in Gedenkstätten für die Verbrechen des Nationalsozialismus. Auch und gerade an einem solchen Ort ist die politische Diskussion und die Auseinandersetzung über Richtungen und Inhalte von Gedenkstättenarbeit unumgänglich.

Hamburg, den 06.06.08

Soldaten sind Führer

Die KZ-Gedenkstätte Neuengamme sperrt einen unbequemen Museumspädagogen

Manche sprechen von Berufsverbot. Angesichts der prekären Vertragslage und den niedrigen Honoraren, von denen ohnehin kaum jemand leben kann, klingt das etwas hochtrabend. Passiert ist folgendes: Die Leitung der Hamburger KZ-Gedenkstätte Neuengamme hat die Zusammenarbeit mit einem freiberuflichen Museumspädagogen aufgekündigt. Er hatte kritisiert, dass neuerdings Soldaten Besucher durch die Gedenkstätte führten. "Welchem Ziel soll die Bildungsarbeit in der Gedenkstätte dienen", hatte er gefragt und der Gedenkstättenleitung mitgeteilt, dass er keine Gruppen der Bundeswehr mehr begleite - solange nicht eine Diskussion über diese Frage stattfinde.
Die Leitung ließ den Museumsführer kurzerhand beim Museumsdienst sperren. "Wenn ich Atheist bin, kann ich auch nicht sagen, dass ich keine Konfirmandenkinder mehr begleite", sagt Wolfgang Stiller, der stellvertretende Leiter der Gedenkstätte. "Die freien Mitarbeiter können der Gedenkstätte keine Inhalte vorschreiben, und sie können keine Personalentscheidungen treffen", fügt er hinzu. Sobald der Museumspädagoge deutlich mache, dass er wieder für alle Gruppen zur Verfügung stehe, könne seine Sperre aufgehoben werden.
"Ich bin kein Totalpazifist", sagt Olaf K., der in den vergangenen neun Jahren unzählige Gruppen über das Gelände führte - auch Bundeswehrsoldaten. Ein Höhepunkt in der umstrittenen Zusammenarbeit der Gedenkstätte mit der Bundeswehr sei aber erreicht worden, als Anfang Juni ein Soldat als Honorarkraft eingestellt wurde. Zuvor hatten die freien Museumsführer eine Di-



skussion - gemeinsam mit den Überlebendenverbänden - über das Verhältnis der Gedenkstätte zur Bundeswehr gefordert, denn spätestens nach 1999, als Auschwitz als Legitimation für die Bombardierung Jugoslawiens diente, hätte sich die Gedenkstätte mit dieser Frage beschäftigen müssen.
In gewisser Weise hat sich die Leitung schon längst festgelegt. Regelmäßig finden Veranstaltungen mit der deutschen Armee statt. Die Gedenkstätte erwarte in der nächsten Zeit über 800 Bundeswehrgruppen, sagt Stiller. Im Herbst werde es wieder eine Tagung mit der Bundeswehr geben. "Aber natürlich wollen wir uns nicht vor den Karren spannen lassen, wenn es um die Legitimation von Kriegen geht", betont Stiller.
"Leben mit dem Massengrab" lautete 2004 der Titel eines geplanten Vortrags, in dem ein Oberst der Bundeswehr über die psychologische Vorbereitung von Soldaten auf Auslandseinsätze berichten sollte. Der Protest einer antifaschistischen Gruppe verhinderte die Veranstaltung. Damit sei in der Öffentlichkeit Schaden von der KZ-Gedenkstätte abgewendet worden, sagt Fritz Bringmann, der von 1935 bis Kriegsende in den Konzentrationslagern Fuhlsbüttel, Sachsenhausen und Neuengamme inhaftiert war. Er ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Neuengamme (AGN), der Interessenvertretung der Überlebenden und ihrer Angehörigen. Beunruhigt wegen der Kündigung schrieb sie an die Gedenkstättenleitung: "Solange sich zudem Angehörige der Bundeswehr offiziell an Ehren- und Gedenkzeremonien für NS-Kriegsverbrecher in Mittenwald, am Ulrichsberg, auf Kreta, in Italien, Spanien, Frankreich und vor unzähligen Kriegsdenkmälern in der BRD beteiligen, sind die Traditionslinien von nationalsozialistischer Wehrmacht und Bundeswehr keinesfalls durchbrochen."
Dass das deutsche Militär nun auch Personal in den Gedenkstätten stellt, bezeichnet eine freie Mitarbeiterin des Museumsdienstes als weiteren Tabubruch. Andere stößt dieser allerdings kaum mehr vor den Kopf. "Shifting baselines" nennen Psychologen diese Verschiebung der Maßstäbe. Beim ersten Mal ist die Empörung groß, es muss ein hoher argumentativer Aufwand betrieben werden. Beim zweiten Mal ist die Sache bereits eine Selbstverständlichkeit.

jungle-world, juni 2008

Mal wieder: „Heldengedenken“ am Columbiadamm

Am 16. 11.08 um 10:00 Uhr ist es wieder soweit!
Auf dem Garnisonsfriedhof am Columbiadamm 122 treffen sich Veteranen der Wehrmacht, soldatische Traditionsverbände, Burschenschaftler, Mitglieder von Vertriebenenverbänden, rechtskonservative Politiker, trauernde Bürger und andere Nazis, um an den 20 Ehrenmälern, Grabplatten und Gedenktafeln für Wehrmachtssoldaten und andere deutsche Soldaten ihre Kränze abzulegen.
Veranstalter ist der "Ring Deutscher Soldatenverbände Berlin" bzw. deren Vizevorsitzender Armin Brenker. Die Liste der sich an dem "Gedenken" beteiligenden Organisationen liest sich wie ein "Who is Who" der geschichtsrevisionistischen bis NS-verherrlichenden Gruppierungen.

So war in der Vergangenheit die nach dem Krieg neu gegründete ehemals paramilitärische Truppe der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) "Stahlhelm" präsent, wie die "Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger des Eisernen Kreuzes", eine Vereinigung von Trägern der höchsten "Auszeichnungen" des Nationalsozialismus des 2. Weltkriegs. Sogar die "Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS e.V." scheint höchst willkommen zu sein, eine Vereinigung von ehemaligen Angehörigen, die es sich zum Ziel gesetzt hat, die Waffen-SS zu rehabilitieren.
Obwohl seit 1999 ein explizites Kontaktverbot zwischen der Bundeswehr und den Veteranenorganisationen der SS besteht, nahmen in der Vergangenheit zahlreiche Bundeswehrangehörige in Uniform teil. Militaristische Vereine wie der Deutsche Marinebund, der Bund der Fallschirmjäger und der Kyffhäuserbund sowie Kameradschaften ehemaliger Wehrmachtseinheiten waren zum Kranzabwurf angetreten. Das Standortkommando Berlin der Bundeswehr steuerte zur musikalischen Begleitung einen Trompeter bei und betreute die ausländischen Militärattachés.
Dem Umstand, dass diese Gestalten deutschtümelnd, herumopfernd und relativierend dieser Veranstaltung im Schutz von Polizei und Politik ungestört fröhnen können, muss konsequent Einhalt geboten werden! (indymedia)

Kongress zu "Sicherheit und Verteidigung"

In Berlin findet am 10. und 11. 11. im Kongreßzentrum am Alexanderplatz der diesjährige Kongreß zu "Sicherheit und Verteidigung" statt. Die Veranstaltung wird im Wechsel mit dem "Europäischen Polizeikongreß" organisiert, der am 10. und 11. Februar 2009, ebenfalls in Berlin ausgerichtet werden soll. 2008 hatte es erstmals größere Proteste gegen den Polizeikongreß gegeben.

Wie der "Polizeikongreß" ist auch das Treffen zu "Sicherheit und Verteidigung" kein Kongreß im eigentlichen Sinne, sondern ein Aufeinandertreffen der öffentlichen und privaten Sektoren, sprich, Sicherheitsindustrie meets Politk und Militär.

Inhaltliche Schwerpunkte liegen dieses Jahr z.B. auf: Zukunft der "europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik" (ESDP), Kooperation EU und NATO, automatisierte softwaregestützte Kom-

Erklärung von AKKU zur Verhinderung des "Anti-Islamisierungs-Kongresses" in Köln

Erklärung der Antifaschistischen Koordination Köln und Umland (AKKU) zur Verhinderung des rechtspopulistischen "Anti-Islamisierungs-Kongresses" in Köln als Teil des "Bündnisses gegen Pro Köln".

Die antifaschistischen Gegenaktivitäten am 19. und 20. September 2008 haben in Köln den geplanten "Anti-Islamisierungs-Kongress" der extrem rechten Gruppierung "Pro Köln" verhindert.
Tausende Menschen beteiligten sich am 20. September an den Massenblockaden des Kongressortes am Heumarkt. Die Blockaden wurden von dem "Bündnis gegen Pro Köln" (Hingesetzt-Bündnis) organisiert, das AKKU im Frühjahr 2008 initiiert hatte.
Gegen 13 Uhr stellte die Polizei fest, dass aufgrund der Blockaden der Kongress nicht durchführbar sei und verbot die Veranstaltung der Rechten.

Bereits am Freitag, den 19. September, verhinderten GegendemonstrantInnen die geplante Pressekonferenz von "Pro Köln" und eine angekündigte "Stadtrundfahrt". Nachdem das von "Pro Köln" unter falschem Namen gemietete Schiff aufgrund von Steinwürfen fluchtartig den Anlegehafen im Kölner Süden verlassen musste, begann eine Odyssee des Schiffes auf dem Rhein. An allen Anlegestellen und Brücken verhinderten AntifaschistInnen, dass das Schiff anlegte. Schließlich mussten die Rechten unter Polizeischutz aus der Stadt gefahren werden. Selbst TaxifahrerInnen und BusfahrerInnen weigerten sich, die RassistInnen zu transportieren. Zeitgleich fand im benachbarten Leverkusen die "große" Auftaktkundgebung von "Pro Köln/ Pro NRW" mit knapp 30 Rechten unter der ohrenbetäubenden Beschallung von ca. 150 engagierten LeverkusenerInnen statt, welche vorzeitig beendet wurde.

Am Freitagabend fand eine antifaschistische Demonstration mit 2-3000 TeilnehmerInnen statt.

Am Samstag, den 20. September, wurden an zwölf Punkten rund um den Heumarkt der Kongressort blockiert. Nur etwa 50 Rechte schafften es auf dem Heumarkt. 200 weitere Rechte mussten den ganzen Tag am Köln-Bonner Flughafen ausharren, weil ein Transport in die Stadt unmöglich gemacht wurde. Die Gegenaktivitäten und Aktionsformen waren vielfältig, haben sich ergänzt und trugen zur Verhinderung des Kongresses bei - seien es nun Sitzblockaden in der Kölner Altstadt, eine große Blockade am Rheinufer vor dem Maritim-Hotel oder die Besetzung des Deutzer Bahnhofs. Die Polizei war überrascht von den gut organisierten Gegenaktivitäten und der Bereitschaft tausender DemonstrantInnen, nicht nur symbolisch, sondern auch effektiv zu blockieren. Das war das Resultat unserer intensiven Vorbereitungen wie der Aktionstrainings und Informationsveranstaltungen. Der 20. September in Köln hat gezeigt, dass das Blockadekonzept, das an die BlockG8-Aktivitäten anknüpfte, auch in einer Stadt funktioniert.
Ohne die Blockaden des "Bündnis gegen Pro Köln" ("Hingesetzt-Bündnis") hätte der rassistische Kongress stattgefunden. Die Rechten wurden nicht "weggefeiert". Sie wurden blockiert.

Gegen 15 Uhr begann die Polizei, hunderte TeilnehmerInnen der Blockaden zu kesseln, rechtswidrig festzuhalten und unter skandalösen Bedingungen in der Gefangenensammelstelle in Brühl in Gewahrsam zu halten. Erst am nächsten Morgen wurden die knapp 500 festgehaltenen Menschen frei gelassen.

Entgegen vieler Berichte in der Presse handelte es sich bei den Gekesselten und Festgenommenen nicht um eine von den Protesten isolierte Gruppe "Gewalttäter" und "Autonomer". Die Festnahmen betrafen vor allem DemonstrantInnen und BlockiererInnen des Kongresses, die an den hochgelobten Aktionen des "Zivilen Ungehorsams" teilgenommen hatten. Es handelte sich dabei um genau die Menschen, die am Morgen zusammen mit tausenden anderen den Heumarkt blockiert hatten. Der Erfolg der Aktionen ist ihnen genauso zu verdanken wie den anderen DemonstrationsteilnehmerInnen. Wer über die Verhinderung des Kongresses jubelt, darf nicht vergessen, wer mit ihnen den ganzen Vormittag auf den Blockaden gesessen und gestanden hat.

Die in den Medien als Linksradikale wahrgenommenen Blockadegruppen waren Teil des Bündnisses, Mitorganisatoren der Blokkaden, Teil des Blockadekonzepts und Garanten des Erfolgs. Sie haben sich an das vom Bündnis erarbeitete Konzept gehalten. Ohne die Blockaden der "neuralgischen" Zugänge Markmannsgasse, Rheinuferstraße und Deutzer Bahnhof wären die Rechten auf den Heumarkt gelangt.

Viele, die später in den Käfigen der Polizei landeten, waren zufällig in die Kessel geraten oder TeilnehmerInnen von Spontandemonstrationen, die sich aus den Blockaden formiert hatten. Es waren Kölner und Kölnerinnen, Auswärtige, Autonome, Nicht-Autonome, aktive AntifaschistInnen, zufällige PassantInnen, alte und junge Menschen.

Die Freiheitsberaubungen konnten jede und jeden treffen.

Der Tendenz der nordrhein-westfälischen Polizei, ihren polizeilichen Notstand zu rechtfertigen, die Verhaftetenzahlen bei antifaschistischen Aktivitäten in die Höhe zu treiben, Fotos und Videos von politisch engagierten Menschen zu speichern und ungehindert rechtswidrige Maßnahmen durchzuführen, muss auf politischer und juristischer Ebene ein Ende gesetzt werden.

Es wäre nicht das erste Mal, dass ein Polizeikessel in Nordrhein-Westfalen im Nachhinein als rechtswidrig erklärt würde. Die Kölner Polizeiführung musste etwa schon einmal zugeben, im März 2003 hunderte AntifaschistInnen an der Geldernstraße in Köln-Nippes rechtswidrig gekesselt und anschließend nach Brühl gebracht zu haben.

Am Wochenende haben sich nach Medienberichten 50.000, nach Polizeiberichten 15.000 Menschen an den Gegenaktivitäten beteiligt. Die angekündigte massive Beteiligung an dem rassistischen Kongress blieb aus. Dafür stellte das Wochenende in Köln eine der größten und erfolgreichsten antifaschistischen Mobilisierungen der letzten Jahre dar.
Die reale Verhinderung von Naziaufmärschen ist möglich, genauso die Herstellung einer gesellschaftlichen Stimmung, in der vielfältigste Aktionen und Aktionsformen gegen Rechte und Neonazis möglich sind. Das "Bündnis gegen Pro Köln", bestehend aus Linksradikalen, AntifaschistInnen, GewerkschafterInnen, SchülerInnen und vielen mehr, hat gemeinsam ein Zeichen dafür gesetzt. Wir hoffen auch in Zukunft auf die Weiterführung dieser guten Zusammenarbeit und die Wiederholung dieses großen Erfolgs.

AKKU im September 2008

Dokumentation

Der Stefan Aust Komplex

Am 25.09.08, dem Tag des Kinostarts der Verfilmung vom Baader Meinhof Komplex, haben wir die Villa von Stefan Aust in Hamburg-Blankenese, Broerstreppe 1, mit Farbflaschen und Steinen beworfen und vor der Tür ein Rauchfeuer entzündet.

Stefan Aust, Autor des jüngst in dritter Auflage erschienenen Bestsellers mit ca. 500.000 verkauften Exemplaren, hat am Drehbuch des von Bernd Eichinger unter der Regie von Uli Edel produzierten deutschen Kinoereignisses des Herbstes 2008 mitgearbeitet. Stefan Aust ist von der Umsetzung seines Stoffes begeistert und hält den Baader Meinhof Komplex für einen ausgezeichneten Film, "so authentisch, wie das bei einem Spielfilm möglich ist". In der Titelgeschichte des Spiegel vom 08.09.08 ließ sich der Journalist Dirk Kurbjuweit in einer überschwenglichen Kritik zu der Aussage verleiten, dass der Film die Debatte über den deutschen Terrorismus verändern würde. Eichinger sei ein realistischer Film, ein Geschichtswerk gelungen, welches endlich einmal schonungslos "das schiere Töten, die Barbarei, den von den Inhalten entkoppelten Blutrausch der RAF" auf die Leinwand bringe.

"Höllentrip"

Mitnichten wird dieser Film eine Veränderung im Diskurs über die Politik, den Kampf der RAF bewirken. Der Film ist eine Fortschreibung der Verdrehungen und Lügen des Stefan Aust, er visualisiert die von ihm entworfenen psychopathologischen Muster der GenossInnen der RAF wirkungsmächtig - er denunziert bewaffneten, militanten Widerstand gegen Imperialismus und Staatsterrorismus als wahnsinnig.

Diese Behauptung, dass mensch verrückt sein müsse, um bewaffnet zu kämpfen, zieht sich wie ein roter Faden durch die Arbeiten von Aust. Schon als junger Typ Anfang der 70er hatte er nach eigenen Angaben die Einsicht, dass bewaffneter Kampf in Europa scheitern muss, dass es ein "Höllentrip" sei. Er habe sich nie als Teil der Bewegung dieser Jahre gesehen, sagt er in einem Interview. Seine Bekanntschaft mit Ulrike Meinhof in der Redaktion von konkret, seine Begegnung mit einigen anderen Akteuren der antiautoritären Revolte habe ihn sozusagen an die Materie herangeführt. Emsig arbeitete er sich in das Thema ein, mit dem eher distanzierten Blick eines Journalisten von außen auf den "Krieg der Bürgerkinder gegen den Staat" (0-Ton Aust). 1986 veröffentlicht er den Baader Meinhof Komplex, ein Schlachtenpanorama des bewaffneten Kampfes. Andreas Baader, ein als Kind von drei Frauen verhätschelter Junge, baut als schmieriger eitler Desperado zusammen mit seiner Braut, der unerbittlichen, rigiden Pfarrerstochter Gudrun Ensslin und der sadomasochistisch veranlagten Ulrike Meinhof eine Untergrundarmee auf. Mittels einer Kampagne zu Heimkindern scharen sie ein paar "Rekruten für ihre Untergrundarmee" um sich. In einem "Alptraum von Gewalt" aus der als "Selbstzweck gewählten Illegalität" führen sie einen "Privatkrieg" und nehmen "das Land in Geiselhaft". Ihr "revolutionärer Größenwahn" offenbart sich u.a. darin, dass sie sich anmaßen, gar drei (!) Banken koordiniert an einem Tag zu überfallen. "US-Amerikaner, zumal Soldaten werden zu Freiwild ernannt".

Im Stammheimer Knast, der "Hauptstadt der RAF", zementiert sich das "Wahnsystem" der Bande. Die Chefs essen Hühnchen, Mitläufern und Befehlsempfängern wird der Suizid durch Hungerstreik befohlen. Ulrike Meinhof, mehr oder minder einzige Sympathieträgerin der Gruppe, wird in den Selbstmord getrieben, "vielleicht war die Selbstzerstörung der einzige Weg um aus der RAF auszusteigen". Da ist es nicht verwunderlich, dass nach einem "metaphysischem Endkampf",, während dem z.B. in einer "Wannseekonferenz" (Boock) die Liquidierung des Begleitpersonals von Schleyer beschlossen wird und nach der Erstürmung der Landshut die Stammheimer sich selbst töten.

Mit der These des konzeptionellen Suizids rückt Aust explizit die Gefangenen aus der RAF in die Nähe von Selbstmordattentäterlnnen. Unlängst attestierte Aust den GenossInnen der Guerilla faschistisch anmutende Menschenverachtung dem Gegner und sich selbst gegenüber.

Notorische Lügner ...

Diese zugegeben verkürzte Zusammenfassung der Sichtweise und Gedankenwelt Austs soll anreissen, welche Topoi er entwickelt, welche Art von Geschichtsschreibung dieser Typ betrieben hat und betreibt. Austs Buch gilt als Standardwerk, seine Fernsehproduktionen (u.a. 2007 "Die RAF"), seine Mitarbeit an Filmproduktionen, 1986 "Stammheim", seine journalistische Tätigkeit bei Panorama, bei Spiegel TV und als Chefredakteur des Spiegel haben ein verzerrtes aber wirkungsmächtiges Bild vom bewaffneten Kampf der RAF und anderer militanter Gruppen geprägt. Aktuell wird der Markt nun überschwemmt mit dem neuen Kinofilm, dem Hörbuch zum Film, dem Buch zum Film, der Fernsehproduktion zum Film ..., auch finanziell dürfte da einiges dran verdient werden.

Als Zeitzeugen ruft Aust die große Garde der Märchenerzähler und notorische Lügner aus der 68er Revolte und den Guerillagruppen auf: Röhl, Langhans, Cohn, Bendit, Fichter, Mahler, Bommi Baumann, Till Meyer, Klein, Boock. Letzterer durfte gar, gut bezahlt, die von Aust gebotene Bühne nutzen um ein weiteres Mal GenossInnen zu denunzieren und neue Mutmaßungen zu präsentieren, wer denn nun Buback erschossen hat. Dies führte u.a. zu neuen Ermittlungen und Erpressungsversuchen der Staatsanwaltschaft gegen GenossInnen die früher in der RAF organisiert waren.

Der Untergang, Teil 2

Angesprochen auf die Frage, ob der Staat in der Konfrontation mit der Guerilla überreagiert habe, antwortet Aust in einem kürzlich erschienenen Interview, dass der Staat rückblickend betrachtet eher maßvoll, rücksichtsvoll und rechtstaatlich mit den Angriffen umgegangen sei. Diese Antwort scheint fast zynisch, wenn mensch bedenkt, dass Aust sich Jahrzehnte mit den Geheimdiensten der BRD beschäftigt hat. So publizierte er z.B. zum Celler Loch und dem Schmückermord, zum Kontaktsperregesetz und der Abhörpraxis in den Knästen, er prangerte die Zustände in den Knästen an und die Folter der Zwangsernährung, und nicht zuletzt die Willfahndung.

Da schließt sich der Kreis des staatstragenden, staatsbejahenden Stefan Aust mit der Schauspielerin Maria Gedeck, die in dem Kinofilm Ulrike Meinhof spielt und als Folge ihrer Auseinandersetzung mit ihrer Filmrolle zu einer größeren Nähe zu diesem Staat und seiner vermeintlichen Rechtstaatlichkeit gefunden hat.

Nachdem es Eichinger mit seinem Film "Der Untergang" gelungen ist, die menschliche Größe des deutschen Volkes und sein Leid im Abwehrkampf gegen die Rote Armee auf die Kinoleinwände zu bringen (und zwar, wie er betont, als deutsches Projekt mit deutschen Schauspielern, deutscher Sprache und deutschem Regisseur), so darf er nun den Abwehrkampf des deutschen Staates gegen die Rote Armee Fraktion darstellen.

Die Geschichte der bewaffneten Praxis und Politik der RAF, der Bewegung 2. Juni und der Revolutionären Zellen/Rote Zora sehen wir aus einem kritisch solidarischem Blikkwinkel. Trotz aller Kritik an strategischen Irrtümern, an einzelnen kontraproduktiven Aktionen mit verheerenden Folgen sowohl

für unschuldige Betroffene als auch für eine revolutionäre Perspektive, schätzen wir die Initiative, den bewaffneten Kampf in der BRD zu organisieren. Die Geschichte der bewaffneten Gruppen ist wichtiger Bestandteil linksradikaler Geschichte - es ist notwendig ihre Erfahrungen, Niederlagen und Erfolge zu reflektieren, auch für eine revolutionäre Zukunft.
Es wäre falsch, dieses Feld der Geschichte an die Austs, Kraushaars, Reemtsmas abzutreten.
Wir widmen unsere Aktion allen GenossInnen, deren Würde und Integrität mit diesem Film durch den Schmutz gezogen wird.
Freiheit für Christian Klar und Birgit Hogefeld!
Die Revolution sagt: Ich war, ich bin, ich werde sein. (R.Luxemburg)

Dokumentation

Erkärung zur Aktion in der Hamburger Ausländerbehörde am 20.08.08

Sie wurden gerufen, sind geflohen oder einfach gekommen. Menschen, die die Hoffnung auf ein anderes Leben hatten.
Aber die Festung Europa ist alles andere als eine Zufluchtsstätte.



Die Zahl der AsylbewerberInnen ist seit der faktischen Abschaffung des Rechtes auf Asyl vor 15 Jahren in Deutschland drastisch gesunken. 1993 waren es noch ca.320.000. 2007 nur noch 28.572, von denen gerade mal 304 als Asylberechtigte anerkannt wurden. 3.140 wurden in den letzten Jahren verletzt, 302 sind gestorben, 149 haben Selbstmord begangen und 70 sind nach der Abschiebung "verschwunden".
Menschen sollten dort leben können, wo sie es wollen und wie sie es wollen. Doch die rassistische (Abschiebe-) Maschinerie verhindert dies.

Auch in Hamburg ist das nicht anders. Die Hamburger Ausländerbehörde hat die beschönigende Bezeichung "Abteilung Ausländerangelegenheiten des Einwohnerzentralamts". Doch neben Belangen von Menschen ohne deutschen Pass, die in Deutschland "legal" leben dürfen, wird hier auch zu Abschiebungen beigetragen. Hier wird angeordnet, dass Menschen in Abschiebehaft kommen, werden "Reisewegsbefragungen" durchgeführt, um Flüchtlinge gleich in ein "sicheres" EU-Land zurückschieben zu können, werden in dubiosen Anhörungen Menschen einer Staatsangehörigkeit zugeordnet, um ihnen Passersatzpapiere zum Abschieben ausstellen zu können und werden Jugendliche älter gemacht, so dass sie nicht mehr in Jugendeinrichtungen untergebracht werden müssen.

Doch selbst der Besitz von Aufenthaltspapieren bedeutet kein würdiges Leben. Duldungen müssen ständig verlängert werden. Die Residenzpflicht verbietet es, die Kreisgrenze zu übertreten. Das Ringen um Krankenscheine und der niedrigere Sozialsatz; all das sind Teile der Schikane.

Im Bezirksamt Nord "Abteilung Ausländerangelegenheiten des Einwohnerzentralamts" wurde am Mittwoch Mittag, den 20. August 2008, ein großer Teil der dortigen Infrastruktur zerstört, um den reibungslosen Betrieb zu stören. Während der Aktion wurde darauf geachtet, keine MitarbeiterInnen und Mitarbeiter zu verletzen und explizit KEINE Akten zu entfernen oder zu beschädigen (herumliegende Papiere waren unausgefüllte Antragsblätter). Denn die Aktion richtete sich nicht gegen die Angestellten und schon gar nicht gegen die Antragstellenden. Sie richtete sich gegen das zermürbende und menschenverachtende System und seine Behörden an sich und gegen die fehlende Asylgesetzgebung, die ein Leben für alle Menschen ungeachtet ihrer Hautfarbe oder Staatsangehörigkeit in Deutschland mit ermöglichen könnte.

Sofortige Schließung aller AusländerInnenbehörden!
Nationen und Grenzen dekonstruieren!
Gegen den rassistischen Normalzustand!

Temporär spontan
agierende AntirassistInnen

10 Tage Klimacamp: alles richtig gemacht ... aber soll das etwa alles sein?

Wir, Avanti- Projekt undogmatische Linke, waren Teil der Vorbereitung des Klimacamp 2008 und hatten im Vorfeld innerhalb der Interventionistischen Linken für eine starke Beteiligung geworben. 10 Tage lang wurde im Rahmen eines "Doppelcamps" (also in Union mit dem in der Linken bereits etablierten Antira- Camps) in vielen anspruchsvollen workshops und Abendveranstaltungen diskutiert, wurden vom Camp aus kleinere und größere Agit- Prop- Aktionen, Kundgebungen, Demos unternommen, wurde gekocht, gegessen, abgeführt und so weiter. Das Camp, die Aktionen und somit die Inhalte haben in der lokalen Presse eine enorme Aufprallfläche gefunden. Der Klimadiskurs wurde erstaunlich erfolgreich kapitalismuskritisch aufgetunt. Dennoch sollte die Freude über diesen politischen Erfolg nicht die notwendigen Fragen kaschieren: Wieso waren wir so wenig? Wo war die interventionistische Linke? Und vor allem: was für Schlüsse ziehen wir hieraus für die Zukunft?

Wir möchten ein paar Nachbetrachtungen zum Klimacamp formulieren, die allerdings zunächst nur einen ersten Diskussionsstand wiedergeben. Wir verstehen unsere Gedanken als Thesen, zu denen sich hoffentlich noch andere Gruppen der Vorbereitung und der IL äußern. Wir haben uns nicht auf die Detailkritik einzelner Aktionen/ Geschehnisse konzentriert, sondern beschränken uns vor allem auf die gemachten Bündniserfahrungen sowie eine politische Bewertung des Geschehens. Zur gemeinsamen Labung fällt der erste Teil sonnig aus, der zweite wirft einen Blick auf die Schattenseiten.

Brüche genutzt - Systemkritik in den Klimadiskurs bugsiert

Das wichtigste gleich am Anfang: Wir verbuchen das Klimacamp als politischen Erfolg. Im Vorfeld gab es bei uns bezüglich der Beschäftigung mit der Klimafrage das vermutlich überall zu beobachtende Unbehagen: zu drückend ist die Wollsockenhypothek der Ökobewegung mit ihrem individualisierenden Enthaltsamkeits- Moralismus. (...) Speziell in HH erschien es uns mit dem Klimacamp als Impulsgeber auf lokaler Ebene möglich, die Ökodebatte von "heiler Umgebung" zu "Energiepolitik im Kapitalismus" zu biegen. In Hamburg, so vermuteten wir, eignet sich die Auseinandersetzung um den geplanten Kohle-KWNeubau in Moorburg als geeigneter Testballon, ob es gelingt, mit einer radikalen Kapitalismuskritik die Energie- und Klimadiskussion zu qualifizieren.

Dies hat sogar - die faktisch inexistente Umweltbewegung in Rechnung gestellt - erstaunlich gut geklappt. Einerseits haben wir einen bereits bestehenden Konflikt zugespitzt, andererseits wurde flankierend durch die öffentlich gut vermittelbaren (und vermittelten!) Aktionen der Zusammenhang von sozialer Frage und Ökologie dargestellt. (...)

Da ja anscheinend plötzlich alle Klimaschützer sein wollen, ruft dieses Thema zunächst nicht die klassischen Abwehrreflexe hervor - der Raum für Diskussionen ist - für uns ungewohnter Weise - plötzlich da. Somit haben wir in der Summe - tatsächlich im Wortsinne - interveniert, wir haben mit der Klimafrage eine "Lücke" aufgespürt, die es wenigstens punktuell ermöglichte, aus der Marginalität der radikalen Linken auszubrechen und systemkritische Positionen im öffentlichen Raum zu positionieren. (...)

Unsere positive Einschätzung kommt vor allem vor dem Hintergrund einer erstaunlich starken lokalen Medienresonanz zustande. Über ganze 10 Tage erschienen in den HHer Topsellern (Abendblatt, MOPO, taz und Welt) erstaunlich sachliche Artikel mit zum Teil erstaunlich gut recherchierten Hintergrundberichten. Diese Aufmerksamkeit lag nicht nur am gut "verkäuflichen" Thema oder etwa am Sommerloch, sondern ist auch Leistung einer wirklich respektablen Öffentlichkeitsarbeit. Da hat sich die Linke tatsächlich spürbar vom Ballast der autonomen Pressefeindlichkeit emanzipiert. Durch die Schützenhilfe weiß nun garantiert jede MOPO - Leserin, dass die Klimafrage eine Frage von sozialer Gerechtigkeit ist, sowohl international (Verbindung zu Migrationsthema) als auch innenpolitisch (Wilhelmsburg, Energiepreise). Auch inhaltlich hat das Camp dazu gedient, die oben bereits zitierte "klimapolitische Leerstelle" der Linken bei den G 8-Protesten aufzufüllen. Das Camp hat als Fokus gedient um eine Inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema in der Linken einzuleiten. (...) Die Aktionen und Diskussionen haben in ihrer Gesamtheit einerseits einen Beitrag zur Sensibilisierung der Linken für dieses Politikfeld und andererseits zur Radikalisierung der Ökoszene geliefert.



Doppelmoppel

Die Festlegung auf ein Doppelcamp war strategisch sinnvoll. Nicht nur wegen der Fokussierung inhaltlicher Verschränkungen der Themen, auch infrastrukturell und in Bezug auf die Außendarstellung ergaben sich die erhofften Synergieeffekte. Beide "Lager" konnten so voneinander profitieren: Die Klimafraktion profitierte von der interationalen Perspektive, die besonders aus der Antira-Vorbereitung unterstrichen wurde. Die inhaltliche Verknüpfung des Klimadiskurses mit den Eckpfeilern um Globale Soziale Rechte stellte eine Erweiterung des Debattenbogens dar. Aber auch in Bezug auf die größere personelle Stärke der antirassistischen Zusammenhänge, auf ihre Camp- Erfahrungen und ihr infrastrukturelles Know- How bereicherte das Antira-Spektrum, ohne diese Mitgift hätte das Camp so nicht stattfinden können.

Die Klima-Fraktion hingegen konnte den Reiz des Neuen, also das mediale Augenmerk einbringen, konnte den Gutmenschen- und Weltretterbonus in die Wagschale schmeißen. Die durchaus vorhandene Gefahr damit den Antiras die Show zu stehlen hat sich letztlich nicht bewahrheitet. Im Zuge des Presserummels konnten antirassistische Themen deutlich und eigenständig in die Öffentlichkeit transportiert werden. Die unterschiedlichen (Selbst-) Bilder bekamen im Campalltag leider einen etikettierenden Anstrich (straighte Antiras und verpeilte Ökos). Die Medien griffen in Teilen diese Spaltungslinie auf, wo tendenziell ein Bild von den "guten Klimaaktivisten" und den "auf Krawall gebürsteten

Antirassisten" gezeichnet wurde. Diese Spaltung zog sich zwar nicht stringent durch (die Überschrift lautete eigentlich immer undifferenziert "Klimacamp"- auch nach den Anschlägen) dennoch hätten wir der internen Spaltung gemeinsam mehr entgegengesezen sollen, den identitären Aufladungen wurde wenn überhaupt nur halbherzig widersprochen. Dennoch war das Doppelcamping eine gute Entscheidung, die Mehrzahl der Camper hat wie selbstverständlich an allen Aktionen des Camps (also beider Camps) teilgenommen (...).

Mobilisierungsmisserfolg

Dem inhaltlichen Erfolg der Camptage steht eine Niederlage der Mobilisierung gegenüber. Es bleibt erklärungsbedürftig, warum das Camp nicht die erwarteten Massen gezogen hat - es waren max. 850 Leute auf dem Camp. Das wirkte am Anfang noch gelungen, aber entgegen allen Prognosen bröckelte es schon ab Donnerstag und der erhoffte Nachschub am Ende der Woche traf nicht ein. Bei Gegenstrom08 am Samstag (!) waren nur 700 Menschen. Klar: Das Wetter war Scheiße. Das ist auch ein Nachteil eines Camps: wer hat schon Lust, 10 Tage lang mit klammen Klamotten rumzulaufen. Außerdem hatte das Gros der CamperInnen ein etwas höheres Alter als im Vorfeld gedacht. Viele von uns müssen eben eine Vielzahl sozialer und beruflicher Verpflichtungen unter ein Dach bekommen. Somit ist es in "unseren" Lebenswelten zwar möglich, für einzelne Großereignisse und Wochenendkongresse Zeit frei zu schaufeln, aber auf viele wirkt so ein 10-tägiger "politischer Halburlaub" nicht sonderlich attraktiv. Das allein reicht zwar nicht als Erklärung aus, sollte aber bei zukünftigen Mobilisierungen stärker hinterfragt werden. Als ein gewichtiges Problem stellten wir allerdings im Vorfeld bereits fest, dass die Vorbereitung auf zu wenig Schultern verteilt war. Die Klimacamp- Vorbereitung wurde in weniger als einem halben Jahr von ca. einem Dutzend Personen (Feierabendpolitikern) gerissen. Zwangsläufig wurden sehr viele Kapazitäten von infrastrukturellen Problemen, dem Ausloten inhaltlicher Positionen und dem Aufbau interner Kommunikationsstrukturen gebunden. Dadurch wurde das Herzstück jeder erfolgreichen Vorbereitung - die Mobilisierung- fast verschlampt. Das kann dann auch die beste Pressearbeit (die im Vorfeld eines bis dato unbekannten Ereignisses sowieso schwierig ist) nicht mehr wettmachen. Das ganze Problem der fehlenden Beteiligung auf die Mobilisierung allein zu schieben, geht hingegen am bewegungstheoretischen Kern des Problems vorbei. Das sich sehr wenige (nicht-campende) aus Hamburg an den Aktionen beteiligt haben, liegt sicher zum Teil an einer mangelnden Informationsverbreitung: für die einzelnen Aktionen wurde zu wenig geworben. Allerdings hat an der fehlenden lokalen Unterstützung auch die Entscheidung großer Teile der Hamburger Linken, sich bewusst nicht für die Camps zu interessieren einen großen Anteil. Dies ist umso bedauerlicher als diese Absage in Teilen als eine fortgesetzte Ansage gegen spektrenübergreifende Zusammenarbeit und -politik die über die kulturelle Wohlfühlecke hinausgeht, verstanden werden muss. Vor dem Hintergrund, dass die Hamburger Beteiligung an bundesweiten Grenzcamps außerhalb Hamburgs immer o.k. war, ist dies völlig unbegreiflich. Letztlich spiegelt die mangelhafte Beteiligung aber die mangelnde Breite (womit wir nicht so sehr die Spektrenübergreifende Breite meinen) und Verankerung der Vorbereitungskreise wieder. Besonders in Hamburg, aber auch bundesweit war es ein kleines Häuflein, welches die Klimacampvorbereitung geschmissen hat. Eine Initiativzündung für etliche Gruppen und -zusammenhänge, anlässlich des angebotenen Ereignisses selbst aktiv zu werden, konnte nicht erreicht werden. Angesichts der Überlastung hat sich der Kreis der Aktiven zum Camp hin sogar eher noch verkleinert als wirklich ausgeweitet. Als Ergebnis davon, waren wir während des Camps von den Medien abhängig, um mit Menschen zu kommunizieren. Dies ist dank strategischem Geschick und professioneller Medienarbeit zwar gelungen, hätte uns aber auch auf die Füße fallen können.

Seattle - Genua - Heiligendamm - Moorburg ?

Das Camp war kein Heiligendamm- Revival. Die im Vorfeld aus Mobilisierungszwecken bemühte Analogie war wohl eher das "Pfeifen im Walde". Ein Vergleich verbietet sich ohnehin, da der G8 bereits als Anlass bestand, sich die Mobilisierung also eines bereits bestehenden Resonanzkörpers bedienen konnte. Das Camp hatte keinen "äußeren Anlass"; die Begründung und die Aufmerksamkeit mussten erst mühsam hergestellt werden. Aber: Etliche Kontinuitäten zu Heiligendamm konnten erfolgreich genutzt werden.

Der Vorbereitungskreis konnte nur aufgrund der um G8 herum aufgebauten Kontakte überhaupt funktionieren. Das an Block G8 orientierte Aktionskonzept von Gegenstrom hat trotz widrigster Umstände gegriffen und kann als Katalysator einer Re-Radikalisierung von Auseinandersetzungen um Energiepolitik wirken.

Und nu?

Was fehlt ist jetzt noch die Frage nach dem "wie weiter?". Hierzu haben wir noch keine endgültige Antwort, dennoch möchten wir einige Splitter aus unseren Überlegungen zur Diskussion stellen: Die Klimafrage/ -bewegung braucht für wirksame Intervention lokale Kristallisationspunkte wie z. B. die Auseinandersetzung um Moorburg. Eine Wiederholung in solch einem Rahmen (wie sie vereinzelt bereits gefordert wird) könnte also theoretisch durchaus in Betracht gezogen werden. Wir sollten aber jetzt nicht voreilig in ein Ritual verfallen! Erstmal in Ruhe auswerten und Sachen trocknen. Weder das Doppelcamping noch die Idee eines Klimacamps in Hamburg sollten unkritisch reproduziert werden. Es war für dieses Jahr - mit allen notwendigen Abstrichen - eine gute Form. Aber muss es denn (jenseits der Frage wie viele und welche Säulen zusammenpassen) zwangsläufig ein Camp sein? Zur Wetterproblematik und der wahnsinnig aufwändigen und störanfälligen Vorbereitung kommt ja noch das offensichtliche Verankerungsproblem. (..) Das Camp kann -und das ist aus Hamburger Perspektive schon ein besonderer Erfolg - eine Initialzündung geben. Jetzt gilt es aber vor Ort die Glut zu schüren, die Flamme am Brennen zu halten usw. (...) Natürlich freuen auch wir uns über das jetzt bereits gesteigerte Interesse an der kommenden Anti-Castor- Mobilisierung (11/08) und werden natürlich auch diese nach Kräften unterstützen. Aber ein Gradmesser für die eigene lokale & nachhaltige Durchschlagskraft vor Ort können solche punktuellen Events nun mal nicht sein. (...)

Zusammenfassung:

Eine neue Klimabewegung gibt es noch nicht; es verstetigten sich jedoch arbeitsfähige Netzwerkstrukturen aus verschiedenen Spektren, diese machen erfolgreich Anstalten, sich ein Politikfeld zurückerobern und zu qualifizieren. Die Diskussionen und praktischen Aktionserfahrungen des Klimacamps wirken motivierend und radikalisierend in die jeweiligen Szenen zurück. Die im Laufe des Camps entstandene, erhebliche mediale Aufmerksamkeit wurde optimal genutzt, das Image eines Energie-Multis anzukratzen, der Grünenpartei das Ökolabel abzuerkennen und nonchalant mit der Forderung "Stromkonzerne enteignen" endlich mal wieder selbstbewusst und vernehmbar die Systemfrage zu stellen. Ist doch was!

Avanti - Projekt undogmatische Linke
Septbember 2008

Neues vom Wasserturm und Schanzenpark

Buttersäure-Anschlag auf Nobelhotel im Schanzenpark

Anschlag auf das Mövenpick-Hotel im Schanzenpark: Bislang unbekannte Täter haben mit Buttersäure gefüllte Christbaumkugeln gegen die Ansaugstutzen für die Lüftungsanlage geworfen. Die Kugeln zerplatzten, die stinkende Buttersäure lief aus. Im Hotel verbreitete sich ein unangenehmer Geruch. Dass dahinter ein Anschlag steckte, ahnten die Mitarbeiter erst später. Zunächst machten sie einen Hundehaufen für den Gestank verantwortlich. Der Haufen wurde beseitigt, der Geruch blieb - bis die wirkliche Ursache gefunden wurde. Jetzt ermittelt der Staatsschutz des Landeskriminalamts. Die Tat wird militanten Gegnern des Wasserturm-Hotels zugerechnet. Seit der Eröffnung im Juni 2007 und auch vorher hatte es immer wieder kleinere Anschläge gegeben, die sich gegen das Hotel richteten. Die Welt 16.10. 08

HH/Schanzenpark: Achtung, Zivis!

Nach einer erfolgreichen Buttersäure-Aktion gegen das Mövenpig-Hotel im ehemaligen Wasserturm Mitte Oktober 2008 (s.u.) drehen die Strafverfolgungsbehörden incl. LKA/Staatsschutz offensichtlich am Rad.

Statt regelmäßiger/unregelmäßiger Streifenfahrten durch den Schanzenpark wird dieser nun seit ca. Anfang der Woche (20./21. Oktober) von Zivis nahezu komplett überwacht.

Achtung, Zivis im Schanzenpark!

Ab dem frühen Abend versammeln sich diverse ZivilbeamtInnen (zwischen 6 und 8 Personen) des PK16 (Lerchenstr.) und PK17 (Sedanstr.) im Sternschanzenpark.

Diese OberförsterInnen im dezenten grün/braun/beige hocken/stehen im Gebüsch und hinter Bäumen (ausgerüstet u.a. mit Nachtsichtgeräten) oder laufen auch als Liebespaar oder EinzelspaziergängerInnen "getarnt" durch den Park und beobachten ALLE ParkbesucherInnen. Zusätzlich stehen zivile PKWs am U-Bahnhof Sternschanze sowie am U-Bahnhof Schlump.

Besonderes Augenmerk wird anscheinend auf den oberen Rundweg direkt am Turm herum gelegt. Aber auch die anderen Parkwege stehen unter Dauerbeobachtung.. Die Polizei steht nach diversen Aktionen gegen das nach wie vor nicht gewollte Mövenpig-Hotel unter immensem Erfolgsdruck; es konnte bis jetzt noch keine einzige Festnahme getätigt werden noch irgendein Ermittlungserfolg vermeldet werden.



Nun schrecken sie auch nicht davor zurück, einen öffentlichen Park und alle NutzerInnen komplett zu observieren, in der Hoffnung, vielleicht doch noch HotelgegnerInnen "in flagranti" zu ertappen.

Also, Augen auf!

Stink-Anschlag aufs Mövenpick

Lobby, Bar, Flure - überall im Mövenpick-Hotel im Schanzenpark stank es gestern entsetzlich. Die Folge eines Anschlags von Hotel-Gegnern auf die Nobelherberge im Wasserturm.

Gegen Mitternacht hatten die Täter unbemerkt Christbaumkugeln in die Lüftung des Hotels geschleudert. Als sie zerplatzten, trat übelriechende Flüssigkeit aus. Eine Analyse läuft noch, nach ersten Erkenntnissen des Staatsschutzes handelt es sich aber um Buttersäure.

Zunächst konnte im Hotel die Quelle der heftigen Geruchsbelästigung nicht gefunden werden. Dann aber stieß das Personal auf die Spuren in der Lüftung. Die muss jetzt vermutlich mit hohem Aufwand saniert werden. Es handelt sich um den bisher schwersten Anschlag auf das umstrittene Hotel im Schanzenpark. In der Vergangenheit waren immer wieder Farbbeutel und andere Wurfgeschosse an die Fassade geschleudert werden. Die Leitung des Hotels wollte sich gestern zu dem Anschlag nicht äußern, kündigte aber einen verstärkten Schutz des Turms durch Wachleute an.

Buttersäure

Buttersäure ist der Trivialname der Butansäure, einer Carbonsäure und gleichzeitig der einfachsten Fettsäure. Sie entsteht in der Natur durch Buttersäuregärung. Die Salze (siehe unten) und Ester (siehe Buttersäureester) der Buttersäure heißen Butyrate (systematisch auch Butanoate). Buttersäure ist eine bei Zimmertemperatur farblose Flüssigkeit, die im Wesentlichen den unangenehmen Geruch von Erbrochenem oder ranziger Butter ausmacht. Ihre Dämpfe reizen die Augen sowie die Atemwege. Sie entsteht unter anderem beim Ranzigwerden von Butter, woher auch der Name stammt.

Stoffwechsel

Im menschlichen Dickdarm entsteht Buttersäure vor allem beim Abbau von prebiotischen Kohlenhydraten durch Darmbakterien. Durch die damit verbundene pH-Wert-Verschiebung in den sauren Bereich wird das Milieu für Salmonellen und andere Krankheitserreger ungünstig. Buttersäure scheint darüber hinaus direkt die Darmbewegungen anzuregen und dient den Epithelzellen des Dickdarms als Energiequelle.

Geruch

Der Geruch von Buttersäure kann vom Menschen und manchen Tieren in kleinen Spuren wahrgenommen werden. Der Mensch bewertet den Geruch negativ, die Stubenfliege positiv. Da die Entstehung von Buttersäure ein Zeichen von Fäulnis darstellt, kann die Geruchswahrnehmung als Warngeruch verstanden werden.Der Geruch von Buttersäure kann mit Basen, wie Natronlauge, Lösungen von Carbonaten usw. vermindert werden. Dabei bilden sich die entsprechenden Butyrate, die nicht mehr riechen.

SalzeButyrate (systematisch auch Butanoate) ist neben einer Bezeichnung für Buttersäureester auch die Bezeichnung für die Salze der Buttersäure. Diese bestehen aus Butyrat-Anionen C3H7COO- und einem Kation. Beispiele sind Magnesiumbutyrat (Mg(C3H7COO)2) und Ammoniumbutyrat (NH4C3H7COO). Bei Feuchtigkeit besitzen sie den gleichen charakteristischen Geruch wie Buttersäure. Wird ein Butyrat-Salz mit einer Säure behandelt, entsteht wiederum Buttersäure.

anti-atom: Aktionen gegen die Castortransporte

Wir dokumentieren an dieser Stelle eine absolut nicht vollständige Aufstellung von Aktionen die in den vergangenen Jahren gegen Castortransporte stattfanden. Es handelt sich bei dieser Aufstellung um Ausschnitte aus der aktuellen Verbotsverfügung für Versammlungen entlang der Transportstrecke im November 08. So anregend die folgenden Dokumentation auch sein mag, die Kriterien nach denen die Polizei dabei Aktionen auswählt sind dabei an dem Interesse orientiert eine massive Repression gegen den Anti-Atom-Widerstand aufzubauen.
Gerade deshalb:
Lasst Euch inspirieren!
Favorit in Sachen Originalität sind aktuell die hydraulischen, unter Gullideckeln angebrachten Krähenfüße, die sich über Funk steuern lassen, aus dem Jahr 2006.

November 2002
Am 07.11.02 wurde gegen 18.00 Uhr durch Polizeikräfte fest gestellt, dass unbekannte Täter vermutlich im Schutze mehrerer Straßenblockaden die Kreisstraße K 15 im Bereich zwischen den Ortschaften Quikkborn und Langendorf in Höhe km 49,1 in einer Länge von 1,20 m und einer Tiefe von ca. 1,00 m unterhöhlt hatten. Auf den Kreisstraßen K 29 und K 15 zwischen den Ortschaften Quickborn und Langendorf sowie im Kreuzungsbereich in Richtung Kacherien befanden sich mehrere Straßenblockaden durch frisch gefällte Straßenbäume und Heuballen, die teilweise in Brand gesetzt wurden. Als Blockademittel wurden auch mehrere Trecker und Pkw eingesetzt. An der Blockade in Quickborn nahmen im Laufe des Abends zeitweilig bis zu 150 Personen teil.

In der Ortslage Hitzacker bewegten sich am 13.11.02 ca. 800 Personen in 10 bis 12 Gruppen in Richtung Bahngleise. Polizeiliche Absperrungen wurden über Privatgrundstücke umgangen. Im Bereich der Ortslage Hitzacker wurden 38 Polizeifahrzeuge beschädigt. Allein im Bereich des Ahornweges wurden 30 Polizeifahrzeugen die Reifen zerstochen bzw. die Scheiben eingeworfen. Auf der Straße und den Schienen kam es zu zahlreichen Blockaden.



November 2003
Bis zu 1.000 Personen versammelten sich am 11.11.03 ab 18.30 Uhr im Bereich Grippel/Laase auf der L 256, um die Transportstrecke zu blockieren.
In der Nacht zum 12.11.2003 wurde der Castor-Transport von der Umladestation in Dannenberg über die Ortschaften Quikkborn und Langendorf nach Gorleben geführt. Ungefähr 40 Demonstranten hatten sich auf dem Kirchengrundstück in der Ortsmitte von Quickborn versammelt und waren von dort aus gegen den Castor-Transport vorgegangen. Es kam zu massiven Störungen durch brennende Hölzer und Feuerwerksraketen des Transportes. Hierbei wurden drei Polizisten verletzt. Am Ortsausgang von Quickborn in der Straße "Am Kosakenberg" versuchten mehrere Störer den Transport zum Halten zu bringen. Dabei wurde eine Polizeibeamtin auf die Fahrbahn gestoßen, während der Transport lief.
Am 07.09.03 wurde in Dahlenburg, Gemarkung Tangsehl (Bahnkilometer 194,3), eine Kunststoffwasserleitung festgestellt, die vom öffentlichen Wassernetz im Bahndamm auf der Eisenbahnstrecke Lüneburg - Dannenberg endete. Ermittlungen ergaben, dass es sich bei der Leitung um keinen offiziellen Anschluss handelte. Bei einem länger dauernden Wasserfluss wäre innerhalb kurzer Zeit eine Unterspülung des Bahndamms erfolgt, mit der Folge, dass die Strecke für den Bahnverkehr unbrauchbar gewesen wäre.
Kurz vor Durchführung des Castor-Straßentransportes 2003 wurde festgestellt, dass unbekannte Täter die Straße zwischen Quickborn und Langendorf bei Straßenkilometer 49,95 unterspült hatten. Die Täter hatten eine so genannte "Wasserlanze" angelegt, die bis unter die Fahrbahndecke reichte.
Auch anlässlich des Castor-Transportes 2004 Jahr wurde versucht, durch eine Unterspülung der K 15 zwischen Kacherien und Quickborn die Transportstrecke unbrauchbar zu machen. Am 08.11.04 wurde im Seitenraum der K 15 eine im Erdboden eingebrachte Spüllanze mit Rohrsystem gefunden, dass mit der zentralen Wasserversorgung verbunden war. Nach der Stellungnahme eines Mitarbeiters des THW wäre nach einem Wasseraustritt die Straße nach ca. 30 Minuten vollständig unterspült worden.

November 2004
Unter dem Motto "Rallye Monte Göhrde" fanden Aktionen unterschiedlicher Personengruppen im Raum Metzingen, Leitstade, Grünhagen und Govelin statt, in denen Blockaden durch gefällte Bäume errichtet wurden und Personen versuchten, sich auf der Schienentransportstrecke in das Gleisbett zu begeben. Als Beispiel sei hier lediglich erwähnt, dass am 07.11.2004 ca. 100 Demonstranten im Wald hinter Govelin mit Hilfe von Baumstämmen Barrikaden auf den Straßenzuwegungen zu den Schienen errichteten, um den Einsatzkräften das Durchkommen zu erschweren.
Die überwiegend friedliche und "bunte" Aktion "Spinnennetz" wurde zudem von militanten Castor-Gegnern genutzt, um sog. "VolXkrallen" auf den Schienen zu befestigen. Nachdem ca. 20 Demonstranten am 08.11.2004 durch Polizeikräfte von den Gleisanlagen im Bereich des Bahnüberganges "Forsthaus Posade" bei Bkm 188,3 abgedrängt worden waren, wurde ein noch nicht angebrachter Schienenhemmschuh aufgefunden. Dabei handelt es sich um "Hemmschuhe", die auf dem Schienenkopf angebracht werden. Diese wurden augenscheinlich im Eigenbau aus Winkelstahl hergestellt. Um eine Störung des Castor-Zuges oder schlimmstenfalls ein Entgleisen zu verhindern, müssen die Hemmschuhe durch den Einsatz von Trennschleifern entfernt

werden. Anderenfalls wären nach sachverständiger Auskunft des Eisenbahn-Bundesamtes Sachschäden an Fahrzeugen und am Oberbau sehr wahrscheinlich. Eine Entgleisung des Zuges kann nicht ausgeschlossen werden. Es handelt sich demnach bei der Befestigung von Schienenhemmschuhen um gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr.
Die oben beschriebenen Schienenhemmschuhe wurden auf der Bahnstrecke zwischen Lüneburg und Dannenberg mehrfach verwendet. Im Bereich Dahlenburg bei Bkm 209,5 wurden aus einer Gruppe von 15 Personen heraus drei Hemmschuhe auf einen Schienenkopf angebracht. In Höhe Eichdorf wurde ebenfalls am 08.11.2004 aus einer Gruppe von ca. 50 Personen heraus ein Hemmschuh auf den Schienen befestigt. Bei Eintreffen der Einsatzkräfte flüchteten die Personen in den Wald. Bei Bkm 198,3 wurden zwei weitere Hemmschuhe neben dem Bahndamm entdeckt und sichergestellt. Zusätzlich wurde am Einsatzort bei der Kontrolle eines Pkw mit fünf Fahrzeuginsassen ein weiterer Hemmschuh sichergestellt.

November 2005

Den vorläufigen Höhepunkt bei der Ausübung krimineller Energie zur Verhinderung oder zumindest Erschwerung des Castor-Transportes stellt der Brandanschlag auf Polizei-Unterkünfte in Woltersdorf am 28.09.2005 dar. Die Spurenlage lässt den Schluss zu, dass die widerrechtlich auf das Gelände eingedrungenen Täter mittels Brandbeschleuniger alle Gebäude in Brand setzten, die sich in Landeseigentum befinden und die der Unterbringung von Polizeikräften dienen sollten .

Am 19.11.05 kam es auf der B 216 im Kreuzungsbereich Schmessau/Bredenbock bei einem angekündigten Laternenumzug zu einer Blockade durch zwei Traktoren und ca. 150 Personen. Eine Hundertschaft der Polizei wurde von diesen Personen eingekreist. Unmittelbar vor dem Einsatzfahrzeug an der Spitze der Hundertschaft wurde ein Feuer auf der Straße angezündet. Des weiteren wurde auf der linksseitigen Wiese ein Rauchkörper entzündet und Signalkörper abgeschossen.

In Grippel kam es am 21./22.11.05 zu mehreren Blockaden. Elf Personen konnten sich an einen Trecker bzw. an dem dort befindlichen Betonblock festketten. An einem weiteren Trecker gelang es 4 Personen sich anzuketten. Auf Höhe der Dannenberger Straße 10 kam es zu einer weiteren Blokkade durch einen abgestellten Leichenwagen. Auf dessen Ladefläche befand sich ein Betonblock, an dem sich mehrere Personen angekettet hatten. Die Räumung der Blockaden dauerte insgesamt mehr als 10 Stunden.

In Langendorf wurde am 21.11.05 gegen 19.00 Uhr ein Trecker abgestellt. An diesem Fahrzeug waren zwei große Betonblöcke befestigt, an denen sich 6 Personen anketten konnten. Die Blockade dauerte bis gegen 02.00 Uhr an und wurde erst durch die freiwillige Aufgabe der Angeketteten möglich.

In Quickborn wurde am 21.11.05 durch einen Trecker ein Betonquader auf der Hauptstraße (K 15) abgestellt. Drei hinzukommenden Personen gelang es, sich an diesen Betonquader anzuketten.
Am 21.11.05 wurde ein stillgelegter Leichenwagen auf der L 256 bei Langendorf abgestellt. In dem Fahrzeug befand sich ein Betonklotz, an dem sich 3 Personen anketten konnten.
Im Gleisbereich in Höhe der Ortschaft von Harlingen fanden am 21.11.05 Gleisbesetzungen von größeren Personengruppen an mehreren Stellen statt. Die Personengruppen kamen aus nördlicher und südlicher Richtung auf die Gleise. Stellenweise befanden sich ca. 200 Menschen auf den Gleisen. Bei der Räumung der Gleisblockaden kam es zu vereinzelten Steinwürfen auf die Polizeikräfte. In der Nähe der Gleisblockaden wurden drei Schienenhemmschuhe entdeckt.
Am 21.11.2005 entzündeten unbekannte Täter in Harlingen auf der Wiese vor der Bahnunterführung 120 Strohrundballen.

November 2006

In der Zeit vom 01.10.06 bis 03.10.06 kippte im Staatsforst Jagen bei Leitstade ein 23m hoher Funkmast durch Lösen der Befestigungsschrauben um. Dabei wurde ein Waldweg versperrt. Auf diesem Funkmasten waren ausschließlich Sende- und Funkantennenanlagen der Polizei befestigt. Der entstanden Sachschaden ist zunächst mit 18.000 Euro angegeben, wobei nur die Beschädigungen des Polizeieigentum berüksichtigt wurden.

Im Dannenberger Stadtgebiet wurde am 10.11.2006 eine sog. "Reifenzerstechvorrichtung gefunden. An dem Deckel eines Regenwasserschachtes war einer Hydraulik befestigt, mit deren Hilfe Nägel über vorgebohrte Löcher hätten ausgefahren werden können. Die Hydraulik konnte mittels Funk betätigt werden.

Am 10.11.2006 fand die sog. Schülerdemonstration in Lüchow statt. Der Aufzug war unter anderem mit der Auflage bestätigt worden, dass der Aufzug auf der B 248 zügig wenden und nicht vor der Polizeiunterkunft halten sollte. Tatsächlich haben sich ca. 200 Teilnehmer vor dem Tor der Polizeiunterkunft versammelt. Es kam zu Eierwürfen auf Gebäude und Gelände der Ortsunterkunft. Vereinzelt wurden auch Flaschen und Feuerwerkskörper geworfen. Obwohl im Herbst 2007 kein Castor - Transport statt fand, kam es am 08.11.2007 zu einer Schülerdemonstration in Lüchow. Erneut wich der Aufzug von der bestätigten Route ab und die Situation eskalierte vor der Polizeiunterkunft an der B 248. Es wurden mit Eiern, Kartoffeln, Flaschen und teilweise mit Feuerwerkskörpern geworfen. Ein Großteil der Aufzugsteilnehmer stürmte auf das Eingangstor zu und rüttelte derart massiv daran, dass der Haltebolzen des Schlosses zerbrach und das Tor aufsprang. Auch an dem zweiten Tor kam es zu Beschädigungen. Die Beschädigungen führten zu einem Gesamtschaden von 6.800 Euro.
Am 11.11.06 blockierten aus einem Laternenumzug heraus ca. 300 Teilnehmer und 3 begleitende Traktoren die B 216 fünf Stunden in der Ortschaft Metzingen. Im Verlauf der Blockade wurden brennende Barrikaden aus Strohballen und Baumstämme an den Ortsausgängen errichtet. Die Fahrbahn wurde dadurch auf einer Länge von 8 Metern beschädigt. Auch aus dieser Veranstaltung heraus wurden die eingesetzten Einsatzkräfte mit Signalmunition beschossen.

Auf der L 256 (Südroute) in Höhe Klein Gusborn ketteten sich in den Abendstunden des 12.11.2006 fünf Personen an eine 150 cm hohe Betonpyramide, die ihrerseits fest mit der Fahrbahn verbunden war. 250 weitere Personen versammelten sich um die Angeketteten herum. Nach etwa 4 Stunden war die Straße wieder befahrbar.
Auch auf der Nordroute konnten sich in den Abendstunden des 12.11.2006 in Langendorf fünf Personen an einen Betonklotz anketten. Hier versammelten sich weitere 40 Personen um den Betonklotz. Die Straße konnte nach vier Stunden geräumt werden.
Zu einer weiteren Ankettaktion kam es ebenfalls am 12.11.2006 auf der Südroute bei Splietau. Dort gelang es 4 Personen sich an eine Betonpyramide anzuketten. Auch diese Aktion wurde von ca. 40 Personen unterstützt.
In unmittelbarer Nähe der Umladestation auf der B 191 hatten es am Abend des 12.11.06 sechs Personen geschafft, sich an ein unterhalb der Fahrbahn verlaufendes Abwasserrohr anzuketten.
To be continued ...



VOLXKÜCHE
staatl. anerk. Unruheherd
VOKUES: 20 UHR
MONTAG
(JEDEN 2. UND 4. IM MONAT)
DIENSTAG
MITTWOCH
DONNERSTAG
ALLE VEGAN/VEGETARISCH
AUSSERDEM:
ANTIFACAFE
(JEDEN 1. FREITAG IM MONAT, 19 UHR)
ANTIRAKNEIPE
(JEDEN 3. FREITAG IM MONAT, 19 UHR)
SEEMANNSSONNTAG
(DONNERSTAG NACHMITTAGS, 15 UHR)
HAFENVOKUE@GMX.NET
HAFEN-STRASSE
116

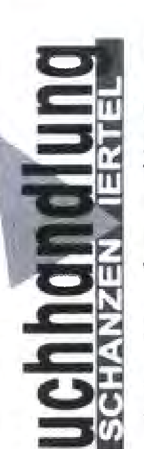


INFOLADEN
SCHWARZMARKT
Bucher, Broschuren, Zeitschriften, Archiv, Merchandise, Eis, Internet, aktuelle Infos...
Kl. Schaferkamp 46 - 20357 HH
Fon: 040 446095 - Email: infoladen-hh@nadir.org
Offen: MO 15.00-18.30, MI & FR 15.00-19.00
DI Jugend-Antifa-Actionday: 15.00-19.00

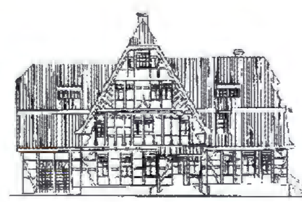


Schanzenstern
ÜBERNACHTUNGS-
Bartelsstraße 12
20357 Hamburg
Tel.: 040 / 432 90 409
Fax 040 / 439 34 13
http://www.schanzenstern.de





Buchhandlung
IM SCHANZENVIERTEL



Rote Flora November

zeck
MedienRandale

Samstag, 01.11. 23 Uhr
FSK Soli
4 Jahre Scorcher-Fm
mit Jan-I und Steppin'Warrior

Mittwoch, 05.11. 21 Uhr
Konzert
ARABROT aus Oslo (N) – noiserock/postcore
(http://www.myspace.com/arabrot)
+Support

Samstag, 08.11. 23 Uhr
Rootz/ Dub/ Reggae-Party
Shanty Town Sound

Sonntag, 09.11. 21 Uhr
Konzert
Das Sythetische Mischgewebe
(Elektro-Akkustik + Video, Frankreich),
Asmus Tietchens (Elektronik, Hamburg),
Hyph (Elektro-Akkustik, Berlin)

Dienstag, 11.11. 21 Uhr
Punk-Konzert
The Rabble (USA) (www.myspace.com/therabble)
The Detectors (USA)
Präsentiert von Deadlockshows
(www.myspace.com/deadlockshows)

Freitag, 14.11. 23 Uhr
Rootz/ Dub/ Reggae-Party
I-Livity I-Fi Soundsystem with Ras Seven meets Uwe Banton inna Original Style.
Uwe Banton (www.uwebanton.com)
I-Livity I-Fi (www.myspace.com/ilivityifi)
Ras Seven (www.myspace.com/rasseven)

Freitag, 21.11. 21 Uhr
Konzert
Crowskin aus Potsdam ist eine brachial-gemütliche Mischung aus Doom und den entfernten Verwandten Onkel Sludge und Tante Drone-Doom
(www.myspace.com/crowskin)
Fake Empire aus Hannover machen schön Niedriggeschwindigkeits-"Wer lacht fliegt raus!" - episch-athmosphärisch-Crust im Stile von Isis... mmmh... muckelig!
www.myspace.com/fakeyourownempire
plus eine weitere Band und Dj´s danach

Samstag, 22.11. 21 Uhr
Konzert
ESCAPADO (Flensburg)
Hardcore / Post HC
www.myspace.com/escapado
DEATHBED (Finnland)
Hardcore
www.myspace.com/killedbybed
Diane Parker´s little accidents (Kiel)
Hardcore / Punk
www.myspace.com/dianeparkerslittleaccidents
weitere infos:

Freitag, 28.11. 23 Uhr
Soli-Party
nAChtArBeitparty
Elektro und Balkan Beats.
Nach Deckung der Prozesskosten geht das eingenommene Geld der Soliparty an die T-Stube, (studentisch erkämpfter Freiraum).
Djs:
tilman tausendfreund (klingtsogut!)
http://www.myspace.com/tausendfreund
addicted (malaria) http://www.myspace.com/mica_ani
akaak (klingtsogut!)
http://www.myspace.com/akaak_klingtsogut
crashkids deluxe
http://www.myspace.com/nachtarbeitparty

Sonntag, 29.11. 23 Uhr
Party
Brainstorm "octahedron"
Techno-Acid, Brighton Style und harten experiementellen Elektro.
Von und mit:
LIVE:
T.A.G. - Headquarter Tresor / Basstard Sound Crew
AcidBoyChair - Hamburg
AggrACID - Acidwars / Brainstorm / Hamburg
VINYL:
Whodini - Subworx / Brainstorm / Hamburg
Markus I. - Alles Fliessst / Hamburg
Punisher - Acidwars / Brainstorm / Berlin

Regelmässige Termine

Montag: Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr); Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr; Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr; Archiv der Sozialen Bewegungen 15 - 20 Uhr (Tel. 433007); Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum
Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr
Mittwoch: artcafé - Café wie es euch gefällt ab 20 Uhr
Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr